

**Dem Leben
entrissen**

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**

**Im Gedenken an
Todesopfer
rechtter Gewalt
in Berlin**

CURA

Dem Leben entrissen

Im Gedenken an

Todesopfer rechter Gewalt in Berlin

Herausgeber:

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin
Telefon + 49 (0)30. 240 886 10
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Autor: Ibo Muthweiler

Redaktion: Sarah Hauptenthal

Mitarbeit: Mimi Boks, Sabrina Lamers

Lektorat: Britta Kollberg

Illustrationen: Moritz Stumm

Gestaltung: Wigwam eG, Berlin/  Design

Druck: Druckzone, Cottbus

Gedruckt auf Envirotop Recycling 100 % Altpapier

ISBN: 978-3-940878-68-7

© Amadeu Antonio Stiftung, 2021

Zitationshinweis:

Amadeu Antonio Stiftung (2021): Dem Leben entrissen. Im Gedenken an Todesopfer rechter Gewalt in Berlin.

Diese Publikation wurde durch die Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung gefördert. Zugleich möchten wir all unseren Spender:innen danken, die die Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung und des Opferfonds CURA überhaupt erst möglich machen und mit tragen.



Inhalt

- 04 Vorwort
- 06 Geleitwort
- 08 Vorbemerkung
- 09 Der Opferfonds CURA
- 11 Mahmud Azhar
- 19 Mete Ekşi
- 27 Nguyen Van Tu
- 35 Günter Schwannecke
- 42 „Die radikale Überhöhung sozialdarwinistischer
Einstellungen entlädt sich immer wieder in Gewalttaten.“
Interview mit Paul Neupert
- 49 Silvio Meier
- 57 Beate Fischer
- 62 „Im rechtsextremen Denken spitzt sich die gesamtgesell-
schaftliche Misogynie zu.“ *Interview mit Judith Rahner*
- 71 Jan Wnenczak
- 77 Kurt Schneider
- 83 Dieter Eich
- 91 Ingo Binsch
- 97 Burak Bektaş
- 105 Luke Holland
- 111 Jim Reeves
- 119 Eugeniu Botnari
- 124 Anlaufstellen für Betroffene und Engagierte
- 127 Literatur und Links

Vorwort

Ideologien der Ungleichwertigkeit bleiben selten auf der Ebene der bloßen Meinung. Die Idee, manche Menschen seien weniger „wert“, ist untrennbar verbunden mit der Ausgrenzung, Beleidigung, Verletzung und im schlimmsten Fall Tötung der als minderwertig Markierten. Gewalt ist die Konsequenz eines Weltbilds, das auf Stärke, der Ablehnung einer pluralen Gesellschaft und der aggressiven Überhöhung des Selbst basiert. Gewalt ist die Sprache, die Rechtsextreme und andere Menschenfeinde sprechen.

Auch in Berlin hat rechte Gewalt eine traurige Alltäglichkeit. Fast täglich werden Menschen aus rechten, rassistischen oder antisemitischen Motiven verfolgt, geschlagen und verletzt. Die Täter:innen wählen die Betroffenen aufgrund ihrer vermeintlichen Zugehörigkeit zu einer Gruppe, einem Feindbild aus. Man spricht deshalb bei rechten Gewalttaten auch von Botchaftstaten, die eine zerstörerische Wirkung entfalten: Sie schüchtern ganze Gruppen an Menschen ein, grenzen aus und verhindern gesellschaftliche Teilhabe.

In ihrer abscheulichsten Steigerung führt rechte Gewalt zur Auslöschung von Leben, zu Mord. Die hier dargestellten Fälle geben Zeugnis über diese erschreckende Dimension rechter, menschenverachtender Gewalt. Diese Publikation soll einen Beitrag dazu leisten, an die Menschen zu erinnern, die diesen Taten zum Opfer gefallen sind. Verantwortung für diese Verbrechen zu übernehmen bedeutet, sie nicht zu vergessen. Die Opfer beim Namen zu nennen. Ihre Geschichten sichtbar zu machen. Dem Schmerz mit Anteilnahme zu begegnen.

Die Erinnerung an Mahmud Azhar, Mete Ekşi, Nguyen Van Tu, Günter Schwannecke, Silvio Meier, Beate Fischer, Jan Wnenczak, Kurt Schneider, Dieter Eich, Ingo Binsch, Burak Bektaş, Luke Holland, Jim Reeves und Eugeniu Botnari ist zugleich eine Mahnung. Ihre Geschichten geben Aufschluss über die Kontinuität rechter Morde, über die zugrundeliegenden Weltbilder und über Kämpfe um Aufklärung und Anerkennung. Sie zeigen, wohin der Hass führen kann und wie wichtig es ist, ihm aktiv zu widersprechen – in welcher Form er auch auftritt.

Das Gedenken im Alltag und Stadtbild präsent zu halten, die Erinnerung immer wieder wachzurufen, ist unabdingbar – nur so überlassen wir den Täter:innen nicht das letzte Wort in diesen tragischen Geschichten. Dass die Todesopfer rechter Gewalt heute Teil unserer lokalen Erinnerungskultur in Berlin sind und es zunehmend werden, ist der unablässigen Arbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen zu verdanken. Sie schauen hin, wo andere wegsehen, recherchieren, fordern Aufklärung und Anerkennung, etablieren eine Kultur des Gedenkens – kreativ, empathisch und politisch.

Die Arbeit zivilgesellschaftlicher (Gedenk-)Initiativen hat die Erstellung dieser Publikation erst möglich gemacht. Ihnen möchten wir an dieser Stelle ganz herzlich für ihr Mitwirken danken. Ebenfalls danken möchten wir den Angehörigen der Opfer, die bereit waren, die schmerzhaften Erinnerungen in Gesprächen mit uns wieder aufkommen zu lassen. Ein weiterer Dank gilt dem antifaschistischen pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V. (apabiz), das uns einen Großteil der dargestellten Bildmaterialien zur Verfügung gestellt hat. Und schließlich danken wir der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung herzlich für die Förderung dieser Publikation.

Timo Reinfrank
Geschäftsführer der Amadeu Antonio Stiftung

Ibo Muthweiler
Opferfonds CURA



Geleitwort

Der Rechtsextremismus bedroht unsere Gesellschaft in ihren Grundpfeilern. Rechtspopulistische Ideen und Verschwörungserzählungen werden tagtäglich in den Sozialen Netzwerken verbreitet und reichen ganz tief in die Mitte unserer Gesellschaft hinein. Jeden Tag, jede Stunde, jede Minute werden Menschen, die von den Täter:innen als anders beschrieben werden, abgewertet und mit Hass überschüttet. Aber es bleibt nicht bei diesen verbalen Angriffen. Die Täter:innen vernetzen sich virtuell weltweit, steigern sich in ihre Allmachtphantasien und setzen diese in zum Teil exzessiven Gewalttaten um.

Die vorliegende Publikation zeigt jedoch auf, dass wir nicht auf die Welt da draußen verweisen können. Nein, es geht um unseren Kiez, unsere Nachbarschaft, unsere Stadt. Auf nachdrückliche, geradezu verstörende Weise wird durch die Aneinanderreihung dieser grauenhaften Taten deutlich, dass die Täter:innen mitten unter uns sind. Und dass es nicht vermeintliche Minderheiten sind, die von ihnen bedroht werden, sondern eine unendliche Vielzahl von Menschen. Wenn all diejenigen unter uns, die auch nur ein Diversity-Merkmal erfüllen, nur deswegen zum Opfer rechter Gewalt und Hetze werden, dann ist das die Mehrheit unserer Gesellschaft, dann sind wir es letztlich alle.

Die Schilderung der Lebensschicksale der Betroffenen und ihrer Angehörigen weist uns als Akteur:innen der staatlichen Institutionen aber auch eine ganz besondere Verantwortung im Umgang mit den betroffenen Menschen zu. Es genügt nicht, die Verbrechen aufzuklären, die Täter:innen zur Verantwortung zu ziehen und zu bestrafen. Mit den Taten werden Signale in die Community gesendet: „Ihr seid anders, ihr gehört nicht dazu, ihr verdient es nicht zu leben.“ Die hierdurch

entstehende Verunsicherung bei einer Vielzahl von Menschen benötigt ein starkes Korrektiv durch Polizei und Justiz. Es ist unsere Verantwortung, die Dimension der Taten zu erkennen, die Betroffenen zu sehen, ihnen zuzuhören und die Taten in den richtigen Kontext zu stellen. Nur auf diese Weise wird es uns gelingen, das Vertrauen der Betroffenen zu erhalten oder wiederzugewinnen. Und unsere Signale in Richtung der Täter:innen müssen eindeutig sein. Die Motive menschenverachtender Gewalt gehören aufgeklärt, benannt und bei der Strafzumessung strafscharfend gewertet. Es darf keine Missverständnisse geben. Nur auf diese Weise erweisen wir uns als wehrhaft gegen jedwede Form Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Ich wünsche mir, dass alle Angehörigen von Polizei und Justiz, die diese Publikation in Händen halten und lesen, sie nicht als Angriff auf ihre Arbeit empfinden, sondern als Geschenk betrachten. Sie bietet die Chance, Zusammenhänge neu zu betrachten, die Perspektive zu verändern und neue Erkenntnisse hinzuzugewinnen. Mir ist es so ergangen, und ich bin den Initiator:innen und Autor:innen der Publikation zutiefst dankbar dafür.

Margarete Koppers
Generalstaatsanwältin in Berlin



Vorbemerkung

Die Amadeu Antonio Stiftung dokumentiert Todesopfer rechter Gewalt seit dem Wendejahr 1990. Morde aus menschenverachtenden Motiven wurden auch vorher schon begangen, aber im Jahr der Wiedervereinigung wurde das Ausmaß rechter Gewalt so stark, dass staatliche und zivilgesellschaftliche Stellen mit einer systematischen Zählung begannen. Die Auswahl der Fälle in dieser Publikation ist angelehnt an diese Dokumentation von Todesopfern rechter Gewalt.

Von staatlicher Seite anerkannt sind sieben der in dieser Publikation dargestellten Fälle. Bis heute von den Behörden nicht als „politisch“ klassifiziert sind die Morde an Mahmud Azhar, Mete Ekşi, Jan Wnenczak, Jim Reeves, Eugeniu Botnari sowie die beiden Verdachtsfälle Burak Bektaş und Luke Holland.

Fünf der Todesopfer, die in dieser Publikation behandelt werden, wurden im Jahr 2018 auf Basis einer wissenschaftlichen Untersuchung vergangener Tötungsdelikte durch die Technische Universität Berlin nachträglich anerkannt. Im Rahmen dieser Untersuchung ebenfalls offiziell anerkannt wurden Olaf Schmidke und Chris Danneil: zwei Neonazis, die am 17. April 1997 von einem „Kameraden“ erstochen wurden, weil sie in einen Streit über das Datum des Verbots der rechtsextremen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) geraten waren. Diese beiden Opfer werden in dieser Publikation nicht behandelt. Einerseits, weil sie selbst überzeugte und organisierte Anhänger der rechtsextremen Ideologie waren, die zu den dargestellten Morden geführt hat. Andererseits, weil bei ihrer Ermordung, zu diesem Schluss kommt die Untersuchung, trotz „politischer“ Aspekte kein eigentliches rechtes Tatmotiv zu erkennen ist.

Der Opferfonds CURA

Mit dem Opferfonds CURA unterstützt die Amadeu Antonio Stiftung seit 2004 Betroffene rechtsradikaler, rassistischer, antisemitischer und anderer vorurteils-motivierter Angriffe schnell und unbürokratisch mit finanziellen Mitteln. Je nach Bedarf hilft CURA unter anderem,

- Trauma zu bewältigen, indem Kosten für psychologische Betreuung und Arztbesuche übernommen werden, die nicht durch Krankenversicherungen gedeckt sind,
- in den Alltag zurückzufinden, indem Sachschäden beglichen werden,
- Sicherheit wiederherzustellen, indem Umzüge und Alarmanlagen mit gefördert werden.

Ein wichtiges Anliegen von CURA ist es, die öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Hassgewalt und die Wahrnehmung der menschenverachtenden Motive durch Politik, Ermittlungsbehörden, Verwaltung, Justiz und die Öffentlichkeit zu stärken. Dabei steht die Perspektive der Betroffenen im Mittelpunkt. Mit der Liste von Todesopfern rechter Gewalt liefert die Amadeu Antonio Stiftung eine wichtige Quelle für die öffentliche und politische Diskussion über das Ausmaß rechter Gewalttaten.

CURA
OPFERFONDS RECHTE GEWALT



Mahmud Azhar

**Gestorben am 6. März 1990
im Alter von 40 Jahren**

„Mahmud war ein sehr aufrichtiger, ehrlicher und treuer Freund. Er war ein lebenslustiger und bescheidener Mensch – niemand, der sich in den Mittelpunkt stellte. Man konnte sich auf ihn verlassen. Solche Charaktere findet man selten.“

Dr. Usfeya Muazzam über seinen Freund Mahmud Azhar

Wer war Mahmud Azhar?

Mahmud Azhar wurde 1950 in Karachi in Pakistan geboren. 1968, mit gerade einmal 18 Jahren, schloss er das staatliche Degree College von Rawalpindi mit einem Bachelor of Science im Fach Chemie ab. Während seiner Zeit als Student spielte er gern Badminton. Neben seiner Begeisterung für Chemie interessierte er sich für Fotografie und das Bergsteigen.

Im Jahr 1970 absolvierte er seinen ersten Master im Fach Chemie an der University of Punjab. Darauf folgten zwei weitere Masterprogramme an der University Islamabad – in organischer, Bio- und physikalischer Chemie sowie in theoretischer physikalischer Chemie.

Mahmud Azhar bewarb sich im Jahr 1973 beim Deutschen Akademischen Auslandsdienst um ein Stipendium für einen Studienplatz in Deutschland. Ein Jahr später konnte er sich am Institut für Biochemie an der Freien Universität Berlin immatrikulieren. Er zog von Pakistan um in den Westteil des damals geteilten Berlin. In Berlin wollte Mahmud Azhar seine Fachkenntnisse vertiefen, um später in Pakistan in der Lehre tätig zu werden.

An der FU Berlin arbeitete er zunächst als Tutor, dann ab 1985 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Chemie. Hier schrieb er auch an seiner Doktorarbeit, die er im Mai nach seinem Tod abgeschlossen hätte. Nach seiner Promotion wollte er zurückkehren nach Pakistan, zu seiner Familie.



Quelle: FU Berlin, UA, Studierendenakten,
StudA/1011987

Was ist rechte Gewalt?

Mit dem Begriff „rechte Gewalt“ sind Gewalttaten gemeint, die auf Grundlage von Abwertungsideologien bzw. der Vorstellung einer Ungleichwertigkeit von Menschen begangen werden. Andere Begriffe hierfür sind Hassgewalt, Vorurteils kriminalität oder politisch motivierte Gewalt. Täter:innen werden durch Einstellungen wie Rassismus, Antisemitismus oder Sozialdarwinismus dazu motiviert, Gewalttaten zu begehen. Diese Einstellungen sind Ausprägungen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Damit sind sie zwar Wesenselemente des Rechtsextremismus, aber auch weit darüber hinaus in der Gesellschaft verbreitet.

Betroffene rechter Gewalt werden wegen ihrer vermeintlichen Zugehörigkeit zu einer der abgewerteten Gruppen von den Täter:innen ausgewählt, entsprechend deren Feindbildern. Die Täter:innen übernehmen dabei die Definitionsmacht über die Gruppenzugehörigkeit der Betroffenen – d.h. es ist nachrangig, ob sich die Person selbst der oder den jeweiligen Gruppe(n) zuordnet.

Bei rechten Gewalttaten ist der einzelne Angriff immer zugleich ein Angriff auf eine oder mehrere Gruppe(n) als ganze. Deshalb spricht man hierbei auch von Botschaftstaten, die Verunsicherung bei einer Vielzahl an Menschen auslösen können.

Der Tatablauf

Mahmud Azhar verließ am Abend des 7. Januar 1990 seine Arbeitsstelle am damaligen Institut für Biochemie in Berlin-Lichterfelde. Vor dem Gebäude begegnete er einem alkoholisierten Mann, der ihn erst rassistisch beschimpfte und ihm anschließend mit dem Tod drohte. Mahmud Azhar floh daraufhin zurück in das Institutsgebäude und versuchte, die Polizei zu kontaktieren. Der Angreifer folgte ihm in das Gebäude. Als er Mahmud Azhar fand, griff er ihn sofort an. Mahmud Azhar fiel infolge einer Attacke zu Boden. Dort liegend schlug der Täter mit einem 60 Zentimeter langen Rohr eines Feuerlöschers auf den Kopf des Opfers ein.

Mahmud Azhar kam ins Krankenhaus, wo er stationär behandelt werden musste und zwei Monate verbrachte. Am 6. März 1990 starb er an einer Lungenembolie, die in direktem Zusammenhang mit einer Verletzung stand, die ihm während des Angriffs zugefügt wurde.

Ermittlungen und Prozess

Im Krankenhaus gab Mahmud Azhar zu Protokoll, dass er sich gegenüber dem Täter nicht zu Wehr gesetzt hatte, weil er eine Täter-Opfer-Umkehr durch die Polizei und eine Abschiebung befürchtete. Er sagte wörtlich: „Nein, die Polizei hätte mir doch nicht geglaubt, weil der Täter ein Deutscher ist und ich nur ein Ausländer bin.“

Der 26-jährige Täter Thomas F. lebte in Ostberlin, in der damaligen DDR. Er wurde von der Westberliner Polizei verhaftet, aber bereits nach zwei Tagen wieder freigelassen. Er kehrte nach Ostberlin zurück und war deshalb für die westdeutschen Behörden lange Zeit nicht auffindbar. Im Dezember 1990, nach dem Zusammenbruch der DDR, kam es schließlich zum Prozess gegen den Täter. Das Gericht folgte der Argumentation der Staatsanwaltschaft, wonach der Angreifer den Tod Mahmud Azhars nicht hätte absehen können. Thomas F. wurde wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Haftstrafe von einem Jahr auf Bewährung verurteilt. Damit blieb das Gericht sogar noch unter dem Strafmaß, das die Verteidigung des Angeklagten vorgeschlagen hatte.

Der Nebenklageanwalt Dieter Kierzynowski bezeichnete das Urteil als „eine Katastrophe“. Er hatte auf Körperverletzung mit Todesfolge plädiert.

Die Zählung von Todesopfern rechter Gewalt

Rechte Gewalt war auch vor 1990 bereits ein gesellschaftliches Problem, das schon immer zu Todesopfern führte. In der Zeit zwischen 1949 und 1990 wurden Morde aus menschenverachtenden Motiven jedoch weder von staatlichen Institutionen noch von Medien oder zivilgesellschaftlichen Organisationen systematisch erfasst. Mit dem Zusammenbruch der DDR wurde das Ausmaß rechter Gewalt so stark, dass diese Stellen mit einer Zählung begangen.

Die doppelte Erfassung durch Staat und Zivilgesellschaft lässt eine Vergleichbarkeit zwischen den Zählungen zu. Dies offenbart große Differenzen: Während die Amadeu Antonio Stiftung mindestens 213 Todesopfer rechter Gewalt (Stand Juni 2021) seit dem Wendejahr 1990 zählt, werden von der Bundesregierung lediglich 106 Tötungsdelikte als rechts motiviert gewertet.

Mahmud Azhar starb wenige Monate vor der offiziellen Vereinigung der beiden deutschen Staaten und liegt damit außerhalb dieser Zählung.

Mahmud Azhar wurde allein deshalb beleidigt, bedroht und angegriffen, weil er in den Augen des Täters ein „Ausländer“ war. Das zeigt sich an den rassistischen Beleidigungen, die das Weltbild des Täters offenbarten. Es konnte neben dem Hass auf vermeintliche „Ausländer“ kein anderes Motiv für den Angriff

„Nein, die Polizei hätte mir doch nicht geglaubt, weil der Täter ein Deutscher ist und ich nur ein Ausländer bin.“

Mahmud Azhar

festgestellt werden. Trotzdem wurde das rassistische Tatmotiv vor Gericht nicht anerkannt. In der Urteilsbegründung hieß es, der Angeklagte hätte zwar Äußerungen getätigt, die einen „ausländerfeindlichen Charakter trugen“. Dies ließe aber „nicht den sicheren Schluß zu, daß der Angeklagte ein Rassist sei“.

Das Gedenken an Mahmud Azhar

Nach seinem Tod taten sich verschiedene rassismuskritische Initiativen zusammen und gründeten das „Aktionskomitee Mahmud Azhar“. Dieses Komitee organisierte eine Demonstration mit 300 Personen und mehrere Mahnwachen. Trotzdem wurde der Tod Mahmud Azhars in der Öffentlichkeit zunächst kaum zur Kenntnis genommen. Bei einer Diskussionsveranstaltung des Pakistanischen Studententischen Vereins stellten die Studierenden frustriert fest: „Wir lassen unsere Wut raus, ein paar Leute sehen hin – und dann ist alles wieder vergessen.“



Gedenktafel für Mahmud Azhar im ehemaligen Gebäude des Instituts für Biochemie.

Foto: apabiz

Engagierte setzen sich trotzdem unablässig für ein würdevolles Gedenken an Mahmud Azhar ein. Auf ihren Druck hin wurde im Jahr 1992 eine Gedenktafel am Tatort angebracht. 2014 widmete der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Freien Universität Berlin Mahmud Azhar eine Ausgabe seiner Zeitschrift. In den Jahren 2017 und 2020 organisierte der AStA Gedenkkundgebungen am Tatort.

Da die Universität längst aus dem Gebäude ausgezogen ist, soll die Gedenktafel zum neuen Institutsgebäude der Chemie verlegt werden – in die Thielallee 63 in den Bezirk Steglitz-Zehlendorf von Berlin. Die für den 22. April 2020 geplante Gedenkveranstaltung und Verlegung der Tafel wurde wegen der COVID-19-Pandemie und der damit einhergehenden Infektionsschutzbestimmungen auf unbestimmte Zeit verschoben.

linge, sondern schürt den Rassismus innerhalb der Bevölkerung und dient zur Zurückweisung von verlorengangenen Wählerstimmen an die BRD.

RASSISMUS

GEHT VOM STAAT AUS



Nicht "einzelne Täter" sind am Rassismus schuldig, sondern jede/r einzelne, die/der sich nicht im Alltag als/r dem Ausländerhaß entgegensetzt. Dies beginnt am Arbeitsplatz, im Freundeskreis und und ...

Wir fordern:

- Aufklärung der genauen Todesumstände von Mahmud Azhar.
- In diesem Zusammenhang interessiert uns besonders, warum die Polizei die ersten beiden Anrufe Azhars ignoriert hat und warum die Justizbehörde den Täter trotz Fluchtgefahr in die DDR aus der U-Haft entlassen hat.

Kundgebung und Rundgang zu den Instituten:
Mittwoch, den 25. April 1990, 13.00 Uhr
- Klebitzweg (vor der FU-Mensa)

Interessierteninnen/Ausführerinnen: ImmigrantInnen Politisches Forum, ASGA - FU/FU Ausländerreferat, VFLP, AK - Antifa-Info in Moabit, ÖHDMO - Horn von Afrika Zentrum und Aktionskomitee Mahmud Azhar
AusführerInnen: Studierendenverein Pakistan, Pakistanisches Forum, Angewandte Politik und Städte Berlin
VFLP - Aktionskomitee Mahmud Azhar e. V. Oranien - Café Prenzlauer 80 1000 Berlin 05

Flugblatt des Aktionskomitees Mahmud Azhar aus dem Frühjahr 1990.

Quelle: apabiz

WIR TRAUERN UM MAHMUD AZHAR,

DER IM ALTER VON 40 JAHREN STARK, WEIL ER EIN AUSLÄNDER WAR

Wenn ein Mensch durch einen Gewaltakt gestochen ist, kann sich die Öffentlichkeit normalerweise ein Bild von den Umständen der Tat und dem/den Täter/in machen. Die Polizei veröffentlicht Berichte über den Tatheygang, AugenzeugInnen kommen zu Wort und JournalistInnen weiterfern um die beste Berichterstattung, Normalerweise.

Nicht so jedoch bei Tätern, die einen rassistischen oder politischen Hintergrund haben, wie es bei dem Angriff, der zum Tod von Mahmud Azhar führte, der Fall ist.

wie "Deutschland den Deutschen", drehte ihn umzunehmen und schlug ihn, nachdem Mahmud gestürzt war, mit dem Deckel eines Feuerlöschers auf den Kopf. Nachdem der Täter das Institut verlassen hatte, schleppte sich Mahmud zur Tür, schloß sie ab und telefonierte zum wiederholten Mal mit der Polizei, die jedoch erst kam, nachdem ein zufällig vorbeikommender Taxifahrer sie alarmierte.

Im Krankenhaus eingeliefert, verstarb Mahmud Azhar nach acht Wochen auf der Intensivstation am 06. März an den Folgen seiner Verletzungen.



Der Täter, der noch am Tatort festgenommen werden konnte, wurde nach einem Tag wegen "Geringfügigkeit" aus der U-Haft entlassen, obwohl Fluchtgefahr bestand, da sich sein Wohnort in der DDR befindet.

Hätte der Täter eine andere Hautfarbe gehabt, würde er wahrscheinlich bis zur Hauptverhandlung im Knast sein.

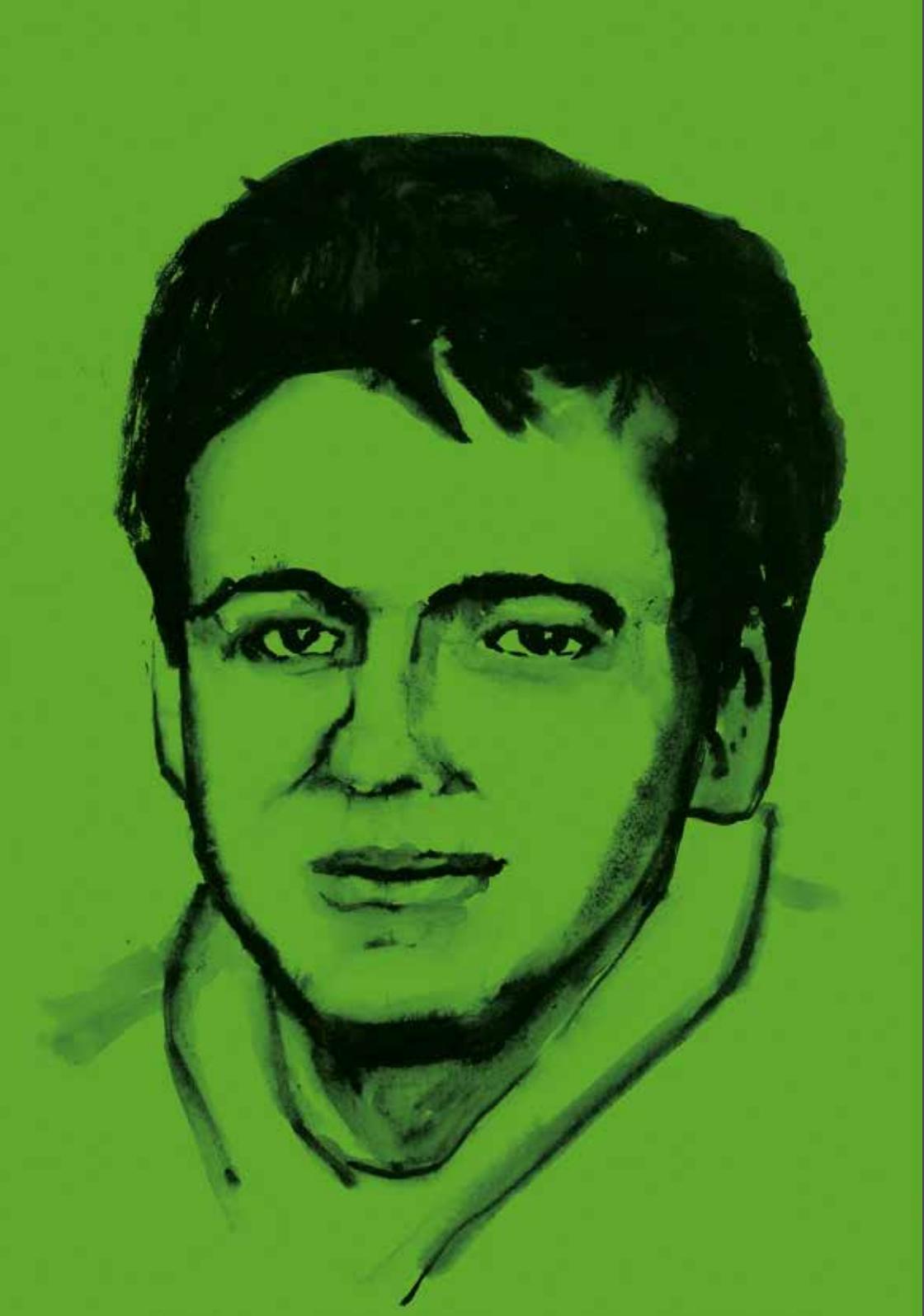
Bei der Vernehmung durch die Polizei machte Mahmud aus Angst keine Angaben zu den rassistischen Aufregungen und der Morddrohung des Täters; wen sondern, wenn sich "Der Freund und Helfer" anscheinend als Helfershelfer von RassistInnen entpuppt.

Eine derartige Verbaßensweise beschränkt sich jedoch nicht nur auf die exekutive Staatsgewalt, sondern setzt sich in der Legislative und Judikative fort. So heißt z.B. das Gesetz bei dem Prozess um den Tod von Uluk Sahin, trotz rassistischer Äußerungen des Täters, Ausländerrechtler als Tatmotiv nicht zu.

Der Entwurf zum neuen Ausländergesetz Eckharte-Entwurf, der von seiner Härte her durchaus vergleichbar mit der Ausländerpolizeiverordnung von 1938 (Nazi-Gesetz) ist, dient nicht der Förderung von Toleranz gegenüber Minderheiten und der Integration von Immigrantinnen und Flücht-



Am Abend des 07. Januar 1990 verließ Mahmud das Institut für Biochemie an der FU um nach Hause zu fahren, als ihn ein unbekannter Mann ansprach und ihn mit rassistischen Fäulnis beschimpfte. Weil Mahmud jeden unangenehmen Zwischenfall aus dem Wege gehen wollte, ging er in sein Institut zurück und informierte die Polizei wegen der Belästigung. Der Unbekannte verließ und beschimpfte Mahmud weiter mit Parolen



Mete Ekşi

**Gestorben am 13. November 1991
im Alter von 19 Jahren**

„Er war ein Mensch, der immer Gerechtigkeit wollte. Es war einer, der uns stets gesagt hat: ‚Nicht streiten, lieber reden.‘ Er hat sich für ein gutes Zusammenleben eingesetzt. Leider hat er etwas bekommen, das er nicht verdient hat.“

Mine Ekşi über ihren Bruder Mete Ekşi

Wer war Mete Ekşi?

Mete Ekşi wurde 1972 in Berlin geboren. Seine Familie stammte aus der Türkei. Gemeinsam mit seinen drei Schwestern und seinen Eltern lebte er in Berlin-Kreuzberg. Er ging in Berlin-Charlottenburg zur Schule und machte dort sein Abitur. Sein Traum war es, nach der Schule Kriminalbeamter zu werden. Seine Freizeit verbrachte er am liebsten mit seiner Saz – einer in der Türkei beliebten Laute.

Schon als Jugendlicher hatte Mete Ekşi die Idee, einen Fonds zu gründen, durch den ein Preis an andere Jugendliche vergeben werden sollte, die sich für ein friedliches Zusammenleben einsetzen.

Von seiner Familie wird Mete Ekşi als ein Mensch mit starkem Sinn für Gerechtigkeit beschrieben. Als jemand, der versuchte, jeden Streit zu schlichten, und seine Mitmenschen ermutigte, Konflikte mit Worten zu lösen.

Mete Ekşi war sehr aktiv im Türkischen Elternverein Berlin-Kreuzberg. Dort gab er Jüngeren Nachhilfe und setzte Projekte gegen Gewalt um. Er wird als immer hilfsbereit und sehr engagiert beschrieben. Schon mit seinen jungen Jahren hatte er die Idee, einen Fonds zu gründen, durch den ein Preis an Jugendliche vergeben werden sollte, die sich für ein friedliches Zusammenleben einsetzen.



Quelle: Privat

Der Mete-Ekşi-Fonds

Der Mete-Ekşi-Fonds wurde 1992 gemeinsam vom Türkischen Elternverein Berlin-Brandenburg e.V. und der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) gegründet. Er entstand als Reaktion auf die Ermordung Mete Ekşis und geht auf seine Idee zurück. Aus dem Mete-Ekşi-Fonds werden Menschen ausgezeichnet, die etwas für das friedliche Zusammenleben von Jugendlichen unterschiedlicher nationaler und kultureller Herkunft tun. Für den Preis in Höhe von 3.000 Euro können sich engagierte Kinder und Jugendliche jährlich mit ihren Projekten bewerben.

Mehr Infos unter: <http://www.gew-berlin.de/mete-eksi-fonds>

Der Tatablauf

In der Nacht zum Sonntag, den 27. Oktober 1991, war Mete Ekşi gemeinsam mit vier Freund:innen zu Besuch im Lokal „Graffiti“ am Adenauerplatz in Berlin-Charlottenburg. Er war zu diesem Zeitpunkt 19 Jahre alt, hatte gerade sein Abitur gemacht. Die fünf Freund:innen standen kurz nach Mitternacht vor dem Lokal und unterhielten sich auf Türkisch. Sie trafen auf die Tätergruppe – drei Brüder im Alter von 16, 22 und 23 Jahren. Die Brüder äfften die türkische Sprache der Freund:innen Mete Ekşis nach, woraufhin es zu einem Streit zwischen den beiden Gruppen kam. Einer der Betroffenen sagte vor Gericht, dass neben der abwertenden Belustigung über die türkische Sprache noch weitere rassistische Beleidigungen gefallen seien.

Die Situation entwickelte sich zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung. Einer der Freunde Mete Ekşis holte im Zuge der Schlägerei einen Baseballschläger aus seinem Pkw. Er sagte später aus, er habe den Schläger nicht als Waffe benutzen, sondern lediglich damit drohen wollen, um die Auseinandersetzung zu beenden. Der Schläger wurde ihm jedoch sogleich von dem ältesten der drei Brüder entrissen. Mete Ekşi versuchte bis dahin, den Streit zwischen den beiden Gruppen zu

schlichten. Er war selbst nicht direkt an der körperlichen Auseinandersetzung beteiligt, sondern redete auf die Beteiligten ein, den Konflikt beizulegen. Trotzdem wurde er vom späteren Hauptangeklagten mit dem Schläger angegriffen. Der älteste Bruder schlug Mete Ekşi plötzlich und ohne jede Vorwarnung mit dem Baseballschläger gegen den Hinterkopf. Mete Ekşi ging sofort stark blutend zu Boden. Er fiel ins Koma und starb am 13. November 1991 an den Folgen eines durch den Schlag verursachten Schädel-Hirn-Traumas.

Die frühen 1990er: Ein Klima des Hasses und der Gewalt

Der Zusammenschluss der zwei deutschen Staaten war nicht nur geprägt von einer kollektiven Euphorie, sondern auch von einem entfesselten Nationalismus und einem eklatanten Anstieg rechter Gewalt. Mit dem Zusammenbruch der DDR Ende des Jahres 1989 kam es zu einer Vereinigung der rechtsextremen Kräfte von Ost und West. Diese nutzten die allgemeine Aufbruchsstimmung und die teilweise chaotische Situation, um sehr massiv und offen aufzutreten. Gerade im Osten versuchten Neonazis die Vorherrschaft über ganze Orte zu erlangen. Sie zogen umher und griffen all jene an, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passten.

Bis Ende des Jahres 1993 wurden in der Bundesrepublik mindestens 57 Menschen aus menschenverachtenden Motiven ermordet. Befeuert von einer politischen „Asyldebatte“ richteten sich die meisten dieser Taten gegen Migrant:innen. Initiiert von Neonazis, wurden die rassistischen Angriffe vielerorts von Bürger:innen angefeuert und mitgetragen, die nicht in rechtsextremen Zusammenhängen aktiv waren. Während der Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991 oder in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 applaudierten unzählige Bürger:innen bei Angriffen Rechtsextremer auf Unterkünfte von Geflüchteten – oder beteiligten sich an den Attacken.

Ermittlungen und Prozess

Die drei Brüder versuchten nach der Tat zu fliehen, wurden aber von der Polizei aufgegriffen und festgenommen. Zum Prozess kam es erst zweieinhalb Jahre nach der Tat. Am 21.1.1994 wurde Michael Sch., der Mete Ekşis den tödlichen Schlag versetzt hatte, wegen Körperverletzung mit Todesfolge – nicht wegen Mordes – zu einer Haftstrafe von drei Jahren und neun Monaten verurteilt. Er hatte bereits eine Haftstrafe wegen der Vergewaltigung einer türkeistämmigen Frau verbüßen müssen und war wegen weiterer Delikte strafrechtlich in Erscheinung getreten: wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz und gemeinschaftlicher Körperverletzung.

Auch zwei der Freund:innen Mete Ekşis wurden in einem getrennten Verfahren wegen Beteiligung an einer Schlägerei verurteilt. Gegen alle weiteren Beteiligten der Auseinandersetzung, einschließlich der beiden Brüder als Mittäter, wurden Verfahren eingeleitet, die gegen Auflagen eingestellt wurden.

„Es gibt keine Gerechtigkeit für Ausländer in Deutschland.“

Mete Ekşis Mutter

Der Konflikt zwischen den beiden Gruppen wurde unmittelbar durch das rassistische Nachäffen der Sprache der Betroffenen provoziert. Für die Freund:innen Mete Ekşis, die bei der Tat anwesend waren, sowie für die Angehörigen war klar, dass es sich bei der Ermordung Mete Ekşis um einen rassistischen Mord handelte. Die Tat fiel außerdem in eine Zeit, in der Angriffe auf Migrant:innen auf der Tagesordnung standen. Auch in Berlin herrschte eine aufgeheizte Stimmung, der Rassismus richtete sich hier vor allem gegen Türkeistämmige als größte Minderheitsgruppe.

Vor Gericht forderten türkeistämmige Gruppen und Personen „Gerechtigkeit für Mete Ekşi“. Von der RichterIn der Jugendkammer des Landgerichts Berlin wurde die Tat jedoch massiv entpolitisiert und Rassismus als Motiv nicht anerkannt. Die RichterIn sprach gar davon, die gegenteilige Sichtweise der Türkischen Gemeinde sei eine „Überreaktion“ auf die rassistischen Ausschreitungen in Hoyerswerda, die kurze Zeit vor dem Mord an Mete Ekşi stattfanden.

Den Aussagen der Betroffenen zum rassistischen Tatmotiv der drei Brüder wurde vor Gericht nicht geglaubt. Mete Ekşis Mutter kommentierte das Urteil fassungslos mit den Worten: „Es gibt keine Gerechtigkeit für Ausländer in Deutschland.“



Trauermarsch anlässlich der Ermordung Mete Ekşis.

Foto: picture-alliance/ZB | Peer Grimm

Das Gedenken an Mete Ekşi

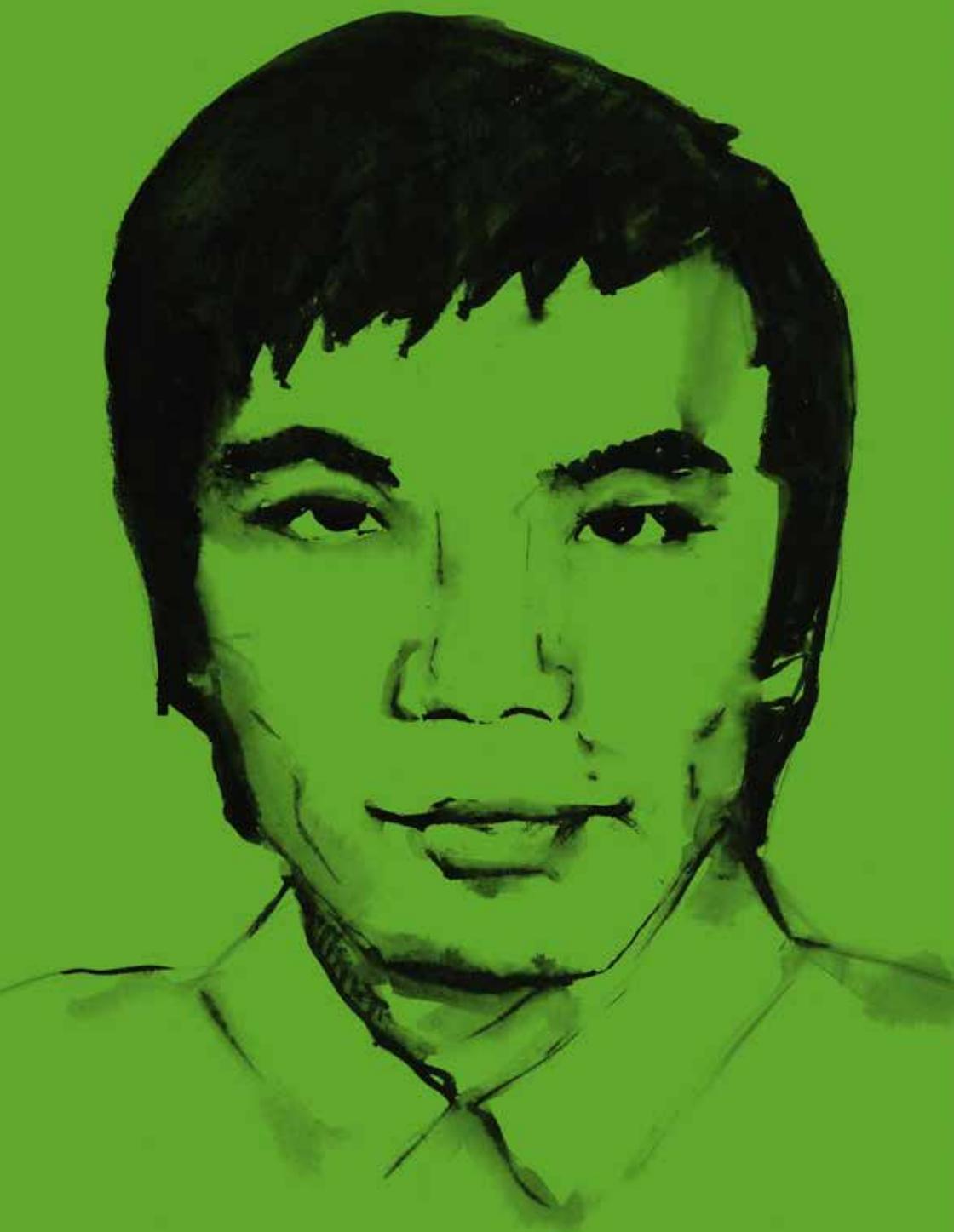
Der Tod Mete Ekşis hat großes Aufsehen erregt und Trauer und Entsetzen ausgelöst. An einem Trauermarsch am 16.11.1991, drei Tage nach seinem Tod, nahmen 5.000 Menschen teil und riefen gegen Rassismus auf.

Heute wird in Gedenken an Mete Ekşi ein jährlicher Preis vergeben. Am Adenauerplatz in Berlin-Charlottenburg erinnert seit 1996 ein Gedenkstein an ihn.



Der Mete Ekşi-Gedenkstein auf dem Adenauerplatz.

Foto: Axel Mauruszat



Nguyen Van Tu

Gestorben am 24. April 1992
im Alter von 29 Jahren

Nguyen Van Tu setzte sich für die Menschen ein, die er liebte. Er arbeitete in Deutschland, um seine Familie in Vietnam zu unterstützen. Er starb, weil er seine Freunde verteidigte, weil er dazwischen ging.

Wer war Nguyen Van Tu?

Nguyen Van Tu wurde 1963 in Vietnam geboren. Dort wuchs er in einer großen Familie auf – er hatte fünf Geschwister. Über sein Leben in Vietnam ist leider wenig bekannt.

Zum Ende des Jahres 1992 wollte Nguyen Van Tu nach Vietnam zu seiner Familie zurückkehren und dort heiraten.

Im Jahr 1987 kam Nguyen Van Tu als Vertragsarbeiter in die DDR. Er arbeitete in einem Gummikombinat im thüringischen Waltershausen. Wie für die meisten Vertragsarbeiter:innen war der Zusammenbruch der DDR auch für Nguyen Van Tu geprägt vom Verlust von Beruf und Aufenthaltsstatus. Im Jahr 1990 verlor er seine Beschäftigung, seine Aufenthaltsgenehmigung lief zum Ende des Jahres 1992 aus.

Nguyen Van Tu arbeitete, um seine Familie in Vietnam zu unterstützen. Einen Großteil seines Lohns schickte er nach Hause. Nachdem er seinen Job verlor und Arbeitslosenhilfe erhielt, schickte er auch davon so viel wie möglich zu seinen Eltern und Geschwistern.

Zum Ende des Jahres 1992 wollte Nguyen Van Tu nach Vietnam zurückkehren, zu seiner Familie. Er plante dort zu heiraten.



Fotograf:in unbekannt

Der Tatablauf

Nguyen Van Tu besuchte am 24. April 1992 einen Freund in Berlin-Marzahn. Auf dem Platz vor einem Einkaufszentrum am Brodowiner Ring verkauften Händler:innen üblicherweise Waren – so auch der Freund Nguyen Van Tus. Er hielt sich am Verkaufsstand seines Freundes auf, leistete ihm Gesellschaft beim Verkauf.

An diesem Tag ebenfalls auf dem Platz anwesend war einer Gruppe Jugendlicher. Sie standen herum, tranken Alkohol und wollten später einen nahegelegenen Jugendclub besuchen. Die Gruppe begann, die Vietnames:innen an den Verkaufsständen zu provozieren. Sie traten die Kartons mit Waren um und brüllten die Verkäufer:innen an, sie sollten verschwinden.

Die nachträgliche Überprüfung rechter Tötungsdelikte in Berlin

Im Jahr 2015 reagierte das Landeskriminalamt (LKA) Berlin auf die Kritik des NSU-Untersuchungsausschusses und initiierte eine wissenschaftliche Überprüfung vergangener Tötungsdelikte mit möglicherweise rechtem, menschenverachtendem Hintergrund. Beauftragt wurde das Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) der Technischen Universität Berlin. Das ZfA sprach sich 2018 für eine nachträgliche staatliche Anerkennung von sieben Todesopfern aus: Günter Schwannecke, Beate Fischer, Chris Daneil, Olaf Schmidke, Kurt Schneider, Dieter Eich und Ingo Binsch. Bei Silvio Meier und Nguyen Van Tu lautete die Empfehlung, die Klassifikation als rechtes Tötungsdelikt beizubehalten. Das LKA nahm alle Empfehlungen an.

Damit stieg die Zahl der offiziell anerkannten rechten Morde in Berlin auf neun. Weiterhin nicht anerkannt sind: Mahmud Azhar, Mete Ekşi, Jan Wnenczak, Jim Reeves, Eugeniu Botnari, Burak Bektaş und Luke Holland.

Der Bericht der Untersuchung ist abrufbar unter:

www.depositonce.tu-berlin.de/bitstream/11303/7111/3/Klassifikation_politsch_rechter_Toetungsdelikte.pdf

Nguyen Van Tu stellte daraufhin einen der Angreifer zur Rede, forderte ihn auf, die Provokationen zu unterlassen. Daraufhin entfernte sich ein Teil der Gruppe der Jugendlichen, um „Verstärkung“ und in einer Wohnung deponierte Schlagstöcke zu holen. Zurück blieben der 21-jährige Mike L. und einer seiner Freunde.

Es kam zu einer verbalen Auseinandersetzung mit den Verkäufer:innen, die sich zu einem Gerangel entwickelte. Nguyen Van Tu ging erneut dazwischen, als einer der beiden Angreifer völlig unvermittelt ein Butterflymesser aus seiner Tasche zog. Mike L. stach direkt mit dem Messer zu – in die linke Körperseite des unbewaffneten Nguyen Van Tu. Obwohl der Platz zu diesem Zeitpunkt gut besucht war, griff niemand ein. Nguyen Van Tu wurde von seinem Freund ins Krankenhaus gebracht, wo er kurz darauf starb. Auch eine Notoperation konnte ihn nicht mehr retten.

Die Angreifer flohen nach der Messerattacke. Am späteren Abend besuchten sie wie geplant den Jugendclub.

Ermittlungen und Prozess

Die Polizei suchte aufgrund einer Zeugenaussage am nächsten Tag im Jugendclub nach dem Täter. Dieser stellte sich daraufhin. Gegenüber der Polizei äußerte er seine Nähe zur rechtsextremen Partei DVU. Er sagte wörtlich: „Also, ich fühl mich der DVU zugehörig, weil es eine rechte Partei ist und weil se was gegen Ausländer noch tut, die Straftaten verüben.“

Am 8. Oktober 1992 wurde Mike L. schließlich vorm Landgericht Berlin wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu einer Haftstrafe von vier Jahren und sechs Monaten verurteilt. Das Gericht erkannte politische Motive und sprach von einem Fall von Selbstjustiz vor dem Hintergrund „fremdenfeindlicher“ Ressentiments. Der Angeklagte wie auch die Gruppe, mit der er unterwegs war, pflegten rassistische Bezeichnungen für Vietnames:innen zu nutzen.

Was ist Rassismus?

Rassismus ist eine gedachte oder praktizierte Abwertung von Menschen aufgrund ihres Äußeren, wegen ihres Namens, ihrer (vermeintlichen) Kultur, Herkunft oder Religion. Im Rassismus werden Menschen aufgrund dieser Merkmale als „anders“ und weniger wert betrachtet – es erfolgt eine Trennung zwischen „wir“ und „die anderen“. In Deutschland betrifft das Menschen, die als nicht-weiß und/oder nicht-deutsch angesehen werden.

Rassismus ist in Deutschland weit verbreitet. Bei einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage von 2019, der sogenannten Mitte-Studie, stimmten 10,6 % der Befragten der Aussage zu, dass „weiße Menschen zurecht führend in der Welt“ seien. 35 % stimmten der Aussage zu, es würden „zu viele Ausländer in Deutschland leben“.

Das Gericht stellte fest, dass der Täter nur deshalb angegriffen hatte, weil er sich daran störte, dass vietnamesische Händler:innen unversteuerte Zigaretten verkauften. Im Urteil hieß es dazu: „Selbstjustiz, vor dem Hintergrund nationalistischer Überheblichkeit gegen die fremde Rasse oder Nationalität der Händler [...], sowie Wut und Empörung waren die Motive, die den Angeklagten veranlassten zuzustechen.“*

*Dieses Zitat ist ein Beispiel dafür, dass die Justiz in einigen Fällen eine rassistische Sprache verwendet und ausgrenzende Narrative reproduziert, obwohl sie das menschenfeindliche Motiv angemessen thematisiert und verurteilt. Das Gericht bediente sich hier der wissenschaftlich vielfach widerlegten, ideologisch begründeten Theorie, es gäbe biologisch unterscheidbare menschliche „Rassen“. Zivilgesellschaftliche Initiativen fordern daher schon lange eine flächendeckende Sensibilisierung von Ermittlungsbehörden und Justiz zu den Themenfeldern Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Abwertungsideologien.

Das Gedenken an Nguyen Van Tu

Der Mord an Nguyen Van Tu löste Entsetzen aus, insbesondere in der vietnamesischen Community Berlins. Es gab unmittelbare Reaktionen aus der Zivilgesellschaft: Am Sonntag nach der Tat demonstrierten 300 Menschen in Berlin-Marzahn gegen Rassismus und rassistische Gewalt. Darauf folgten weitere antirassistische Demonstrationen – an einer davon, im Mai 1992, nahmen 2.000 Menschen teil. Auch im Nachhinein warnten Engagierte im Namen Nguyen Van Tus vor den Gefahren von Rassismus. Regelmäßig fanden und finden Gedenkveranstaltungen statt, zuletzt in den Jahren 2015 und 2017.

Unmittelbar nach der Tat brachten antirassistische Initiativen eine Gedenktafel am Tatort an. Diese wurde wenige Wochen später zerstört. Die Engagierten übten unablässig Druck auf die Politik aus, um die offizielle Anbringung einer Gedenktafel zu erreichen. Im Jahr 2011 verhandelte die Bezirksverordnetenversammlung darüber, entschied sich aber gegen die Etablierung eines Gedenkortes. Stattdessen erhielt eine Skulptur in der Bezirksbibliothek eine Widmung für Nguyen Van Tu.

Kundgebung

Am Freitag, den 24. April, um 17.30 Uhr (Haupteneinkaufszeit) wurde Nguyen Van Tu aus Vietnam in Marzahn von Rechtsextremisten vor einem Einkaufszentrum ermordet. Hunderte von Passanten schauten zu.

Schmerzt uns diese Passivität nicht!!!

Überlassen wir den Rechtsextremisten nicht die Straße!!!

Solidarisieren wir uns -- an diesem Ort zur selben Zeit -- mit allen ausländischen Menschen die Weltweide bedroht sind!!!

DONNERSTAG, 30.4.

17.00 -- 18.00 UHR

EINKAUFSZENTRUM (ALDI)
AM BRODOWINER RING, B- MARZAHN

VERKEHRSMITTELSTATION

D- Dabei hat Marzahn, ermutigen in die Straßenbahn Linie 8 (Richtung Hellerodorf, Kinder Str.1, bis Brodowiner Ring, 5. Haltestelle), dann nur noch 50 Meter zu Fuß.

GEGEN RASSISMUS UND NAZI TERROR

Aufruf zu einer Gedenkkundgebung 1992. Quelle: apabiz



Gedenken an Nguyen Van Tu anlässlich seines 25. Todestags am 24. April 2017.

Foto: apabiz

Im Jahr 2018 wurde erneut eine von Initiativen eigens erstellte Gedenktafel am Tatort angebracht. Sie wurde kurz darauf entwendet.

Bei einer Online-Abstimmung für den Bürger:innenhaushalt 2022/23 in Marzahn-Hellersdorf erhielt die Anbringung der Gedenktafel für Nguyen Van Tu die meisten Stimmen.

Im Februar 2021 schließlich wurde die Entscheidung für eine Gedenktafel offiziell gefällt: Der Vorschlag erhielt mit 215 Stimmen die meisten Stimmen bei einer Online-Abstimmung für den Bürger:innenhaushalt 2022/23 im Bezirk Marzahn-Hellersdorf.



Günter Schwannecke

**Gestorben am 5. September 1992
im Alter von 58 Jahren**

„Schwannecke weiß ganz früh, was er will, geht die Wege, die Künstler bis dahin immer gegangen sind. Aufenthalte in der Kunststadt Paris müssen dazu gehören, das Licht des Mittelmeerraumes oder der Ostsee will erlebt sein.“

Walter Vitt über seinen Freund Günter Schwannecke

Wer war Günter Schwannecke?

Günter Schwannecke war ein bekannter zeitgenössischer Kunstmaler. Er wurde 1934 in Braunschweig geboren und ging dort zur Schule. Während seiner Schulzeit war er in einem Boxverein aktiv und wurde sogar einmal niedersächsischer Jugendmeister im Boxen. Anfang der 1950er Jahre machte er eine Ausbildung zum Positivretoucheur (heute Mediengestalter). Anschließend studierte er an der Werkkunstschule Braunschweig und später mit einem Begabtenstipendium an der Kunsthochschule Stuttgart.

Günter Schwannecke war ein Mensch, den es stets an neue Orte zog. Er unternahm in seinem Leben mehrere Reisen nach Paris, hielt sich länger auf der italienischen Insel Ischia auf, lebte zwischenzeitlich in München. Nach Westberlin ging er zweimal – einmal 1965 und dann noch einmal Anfang der 1980er Jahre.

Nach seinem Studium arbeitete Günter Schwannecke als Positivretoucheur und wandte sich immer stärker der Malerei zu. Anfang der 1960er Jahre stellte er seine Werke in Galerien verschiedener deutscher Städte aus. Während seines ersten Aufenthalts in Berlin porträtierte er Popikonen, eine Kunstform, mit der er Erfolg

hatte, von der er sich später aber wieder abwandte. Da seine Ausstellungen schwer zu finanzieren waren, lebte er teilweise sehr arm.



Günter Schwannecke im Jahr 1958 auf Ischia.

Quelle: Archiv Walter Vitt

Die Günter-Schwannecke-Gedenkinitiative

Günter Schwannecke wurde medial fast ausschließlich auf seinen Status als Wohnungsloser reduziert. Seine umfassende Biografie ist heute nur dank der Arbeit der Günter-Schwannecke-Gedenkinitiative bekannt. Die Initiative trägt seit 2012 alle Informationen über den Fall zusammen, sucht nach Angehörigen, organisiert regelmäßig Gedenkaktionen und hält so die Erinnerung an Günter Schwannecke als die vielseitige Person wach, die er war.

Mehr Infos zu Günter Schwannecke und zur Gedenkinitiative finden sich unter: <http://www.guenterschwannecke.blogspot.eu>

Als er nach einer Zeit in Braunschweig wieder nach Berlin zog, wurde Schwannecke Teil der Kreuzberger Künstler:innenszene. Er war ein politischer Künstler, der ein alternatives Leben frei von Konventionen führen wollte. Sein langjähriger Freund Karl-August Holländer erinnert sich an ihre gemeinsame Zeit und das Bedürfnis nach Abgrenzung gegenüber dem Konventionellen: „Wir wollten anders leben, nicht wie diese Leute.“



Bild aus dem Jahr 1958. Ohne Titel, Abstrakte Komposition, Öl/Jute.

*Quelle: Archiv Walter Vitt, Köln
Foto: Christian Vitt*

In Berlin waren seine Werke in den Kreuzberger Meh-
ringhöfen zu sehen. Günter Schwannecke lebte zeitweise
in einer Wohngemeinschaft in Berlin-Charlottenburg. Im
Jahr 1992, zum Zeitpunkt seines Todes, war er ohne fes-
ten Wohnsitz. Sein Stil veränderte sich in den 1980ern,

„Wir wollten anders leben, nicht wie diese Leute.“

Karl-August Holländer über seinen Freund
Günter Schwannecke

neben abstrakten Werken zeichnete er noch immer gern
realistisch – Menschen, die ihm begegneten. Teilweise
beglich er mit seiner Malerei Rechnungen. Sein Freund
Walter Vitt sagte dazu: „Ich staunte, dass er sich in seinen
Bildern und Radierungen mehr und mehr dem absolut
Abstrakten zuwandte, aber gleichzeitig ein hervorragender
realistischer Zeichner war und beides nebeneinander
gelten ließ.“

Der Tatablauf

Am Abend des 29. August 1992 hielt sich der zu diesem
Zeitpunkt wohnungslose Günter Schwannecke gemein-
sam mit seinem Freund Hagen Knuth auf einem Spiel-
platz in Berlin-Charlottenburg auf. Mit ihnen auf dem
Spielplatz waren vier Studierende aus Sri Lanka. Zwei
Neonazis kamen an dem Platz vorbei, beleidigten die vier
rassistisch und bedrohten sie. Die Studierenden ignorierten
die verbalen Attacken, woraufhin die beiden Neona-
zis, die als Skinheads erkennbar waren, von ihnen ablie-
ßen und weggingen. Kurze Zeit später kamen sie jedoch
mit einem Baseballschläger bewaffnet zurück. Einer der
beiden Skinheads sagte vor Gericht aus, er habe den
Schläger mitgenommen, um „seinen Worten vor den zahl-
lenmäßig überlegenen Ausländern Nachdruck verleihen
zu können“.

Von den Studierenden waren zu diesem Zeitpunkt nur
noch zwei auf dem Spielplatz. Die beiden Neonazis gin-
gen sofort auf sie zu, bedrohten sie mit dem Schläger und

beleidigten sie erneut rassistisch. Günter Schwannecke und sein Freund mischten sich ein und forderten die beiden Neonazis auf, von den Studierenden abzulassen. Dadurch gerieten sie in den Fokus der Täter, die Studierenden konnten fliehen. Es kam zu einer verbalen Auseinandersetzung. Norman Z., der spätere Hauptangeklagte, schlug plötzlich und ohne jede Vorwarnung mit dem Baseballschläger auf Günter Schwannecke ein, der sogleich zu Boden ging. Anschließend schlug der damals 22-jährige Skinhead mit seinem Schläger zweimal gegen den Kopf von Hagen Knuth. Hagen Knuth erlitt ein schweres Hirntrauma und lag zwölf Tage im Krankenhaus. Günter Schwannecke starb am 5. September 1992 an den Folgen des Angriffs.

Ermittlungen und Prozess

Die beiden Täter versuchten zu fliehen, wurden aber von der Polizei gefasst. Norman Z., der Günter Schwannecke die tödlichen Schläge versetzt hatte, wurde am 22. Februar 1993 vor dem Landgericht Berlin wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren verurteilt. Das Gericht wertete auch die Schläge gegen Hagen Knuth als „akut lebensbedrohend“. Das Verfahren gegen den Mittäter Hendrik J. wurde eingestellt. Ihm wurde vor Gericht keine Tatbeteiligung vorgeworfen.

„Politisch war der Angeklagte nicht näher interessiert. Ihn faszinierte, dass die Skinheads aus seiner Sicht unabhängig von konventionellen Lebensvorstellungen ein Leben als Außenseiter führen.“

Aus dem Gerichtsurteil über den Haupttäter

Norman Z. war überzeugter Neonazi und hatte bereits mehrere Delikte begangen, u.a. Verbreitung von Propagandamitteln, Bedrohung, Verstoß gegen das Waffengesetz und Körperverletzung. Recherchen zufolge hatte er gemeinsam mit einem weiteren Neonazi einen Berliner Ableger des Ku-Klux-Klan gegründet – die Sektion „White Storm Berlin“. Auch aus seiner sozialdarwinistischen Einstellung machte der Täter keinen Hehl. Trotzdem wurde die Tat sowohl von der Polizei als auch vor Gericht entpolitisiert. Norman Z. wurde in der polizeilichen

Vernehmung gefragt, ob er einer politischen Gruppe angehöre. Er antwortete darauf mit „ja“, er gehöre einer zehnköpfigen Gruppe von Skinheads an. Er spielte den politischen Charakter dieses Zusammenschlusses jedoch herunter, was von den Beamt:innen geglaubt und übernommen wurde. Im polizeilichen Abschlussbericht heißt es, dass der Täter keiner „festen Gruppierung“ angehöre.

„Günter Schwannecke hat sich Faschist:innen entgegengestellt und wurde dafür ermordet. Wir wollen [seiner] nicht nur als Mensch und politische[r] Künstler, sondern auch als Genossen, der sich für eine sozialere und gerechtere Gesellschaft eingesetzt hat, gedenken.“

Die Berliner Obdachlosenhilfe über Günter Schwannecke

Diese Erzählung wurde auch vor Gericht übernommen, der Fall als unpolitische Tat verhandelt. Im Urteil heißt es gar: „Politisch war der Angeklagte nicht näher interessiert. Ihn faszinierte, dass die Skinheads aus seiner Sicht unabhängig von konventionellen Lebensvorstellungen ein Leben als Außenseiter führen.“ Als Motiv sah das Gericht das Bedürfnis des Täters, Frust abzulassen.

Menschenverachtende Einstellungen und Gewalt

Menschenverachtende Einstellungen müssen nicht zwangsläufig zu Gewalt führen. Forschungen zeigen jedoch, dass die Zustimmung zu Einstellungen wie Rassismus oder Antisemitismus mit einer deutlichen Bereitschaft einhergeht, Gewalt anzuwenden. Das bedeutet, dass Hass nicht nur auf der Ebene der Meinung bleibt, sondern häufig in gewalttätige Handlungen umschlägt. In der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2019 wurde dieser Zusammenhang mit einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage untersucht. Es wird deutlich: Menschen, die eine hohe Gewaltbereitschaft aufweisen, weisen auch eine höhere Zustimmung zu menschenfeindlichen Einstellungen auf. So stimmten bspw. 68 % der Befragten mit einer starken Gewaltbereitschaft abwertenden Aussagen gegenüber Asylsuchende zu, 40 % diskriminierenden Aussagen gegenüber Sinti und Roma.

Das Gedenken an Günter Schwannecke

Die Günter-Schwannecke-Gedenkinitiative hat es durch ihre kontinuierliche Arbeit geschafft, die Erinnerung an Günter Schwannecke wach zu halten. Fast jährlich finden Gedenkveranstaltungen in Berlin-Charlottenburg statt, an denen Initiativen und Einzelpersonen teilnehmen. In der Erinnerungsarbeit wird auch die vielseitige Biografie Günter Schwanneckes zunehmend aufgegriffen. Auf der Gedenkkundgebung 2020 sagte ein:e Vertreter:in der Berliner Obdachlosenhilfe: „Günter Schwannecke hat sich Faschist:innen entgegengestellt und wurde dafür ermordet. Wir wollen [seiner] nicht nur als Mensch und politische[r] Künstler, sondern auch als Genossen, der sich für eine sozialere und gerechtere Gesellschaft eingesetzt hat, gedenken.“

2013 wurde auf Druck der Initiative der noch immer am Tatort befindliche Spielplatz umbenannt – in Günter-Schwannecke-Spielplatz. Seitdem erinnern dort auch eine Tafel und ein Gedenkstein an das couragierte Verhalten des Künstlers. Auf der Tafel steht: „Auf diesem Platz wurde der Berliner Kunstmaler Günter Schwannecke am 29.8.1992 Opfer eines tödlichen Angriffs durch Neonazis. Er starb, weil er Zivilcourage bewiesen hat. Er steht in einer Reihe ungezählter Opfer von neonazistischem Terror. Wir werden sie niemals vergessen.“



*Der Gedenkstein auf dem
Günter-Schwannecke-Spielplatz.*

Foto: Wikimedia Commons/OTFW

„Die radikale Überhöhung sozial-darwinistischer Einstellungen entlädt sich immer wieder in Gewalttaten.“

Interview mit Paul Neupert

Paul Neupert ist Stadtgeograph und arbeitet seit 2017 als Fachreferent bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W). Er ist dort verantwortlich für den Fachbereich Dokumentation und Statistik. Damit obliegen ihm die quantitative Erfassung und Beschreibung von Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot sowie die Dokumentation von Gewaltfällen und Kältetoten in Deutschland. Er arbeitet zu Verdrängung wohnungsloser Menschen aus dem öffentlichen Raum und zu prekären Wohnformen.

Mit ihm sprachen Sabrina Lamers und Ibo Muthweiler vom Opferfonds CURA.

CURA: Schlafende Personen werden getreten und verprügelt, Zelte angezündet – regelmäßig kommt es zu Meldungen von Angriffen auf Wohnungslose. Nimmt diese Form der Hassgewalt zu?

Paul Neupert: Zu solchen Gewalttaten kommt es leider immer wieder. Die BAG W dokumentiert seit 1989 entsprechende Übergriffe. Unsere Datenbank umfasst mehr als 3.400 Gewalttaten gegen Wohnungslose. Davon endeten 588 tödlich. Nicht alle sind Ausdruck von Hassgewalt. Enthalten sind auch andere Motive wie Raub oder Beziehungstaten.

Ob die Zahl der Angriffe zunimmt, kann aus unserer Sicht nicht abschließend beurteilt werden, denn das Dunkelfeld ist riesig, und nur ein Bruchteil der tatsächlich stattfindenden Taten wird uns überhaupt bekannt. Grundsätzlich kann aber von einer steigenden Zahl von Opfern ausgegangen werden, auch weil die Zahl der Wohnungslosen in den letzten Jahren spürbar zugenommen hat.

Was motiviert Menschen zu solchen Taten?

Aus Einstellungsstudien ist hinlänglich bekannt, dass ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung in Deutschland abwertend gegenüber Wohnungs- und Obdachlosen eingestellt ist. So befürwortet z.B. mehr als jede:r Fünfte, dass bettelnde Obdachlose aus den Fußgängerzonen entfernt werden. Klar ist, nicht jede:r Befürworter:in solcher Aussagen wird automatisch zur:m Gewalttäter:in, aber solche Befragungen zeigen ein spezifisches gesellschaftliches Klima auf: Menschen werden von vielen aufgrund ihrer ökonomischen Leistung und Nützlichkeit beurteilt. Und wer arm, arbeitslos oder wohnungslos ist, ist in den Augen erschreckend vieler selbst schuld daran und verdient es nicht anders. Ungleichheit wird damit zu Ungleichwertigkeit, und aus Ungleichwertigkeit folgt nicht selten Rechtlosigkeit. So sehen sich manche Täter:innen tatsächlich als legitime Vollstrecker:innen einer aus ihrer Sicht nicht ausreichend restriktiv agierenden Obrigkeit. Die radikale Überhöhung solcher sozialdarwinistischen Einstellungen entlädt sich leider immer wieder in grausamen Gewalttaten.

Hinzu kommt: Viele der auf der Straße lebenden Menschen sind leicht als solche erkennbar. Ohne Wohnung fehlt ihnen der so wichtige Schutzraum. Diese Taten erscheinen in der Nachbetrachtung oftmals apolitisch. Sie sind es aber nicht. Denn die Angegriffenen sind eben nicht zufällig gewählt. Der Angriff richtet sich auch stellvertretend gegen ihre gesellschaftliche Gruppe.

1992 wurde Günter Schwannecke in Berlin ermordet. Er griff ein, als Neonazis Menschen aus rassistischen Motiven bedrohten. Der Täter machte keinen Hehl aus seinem Hass auf Wohnungslose, womöglich ließ dieser die Tat derart eskalieren. Welche Rolle spielt Wohnungslosenfeindschaft im Rechtsextremismus?

Ideologien der Ungleichwertigkeit, Sozialdarwinismus und die Abwertung bzw. Ausgrenzung von vermeintlich Schwachen sind zentrale Inhalte rechtsradikaler Einstellungen. Im nationalsozialistischen Dritten Reich mündete die „Säuberung des Volkskörpers von Schädlingen“ in der Verfolgung, Internierung und Ermordung von unzähligen sogenannten „Asozialen“ – darunter sehr viele Wohnungslose. Auch nach 1945 wurden immer wieder Wohnungslose von mal mehr, mal weniger offen rechtsradikalen Täter:innen aus menschenverachtenden Überzeugungen angegriffen und auch ermordet. Entsprechende Belege finden sich bis in die Gegenwart.

Der Mord an Günter Schwannecke ist nicht der einzige Fall, bei dem Wohnungslose von Neonazis oder anderen Menschenfeinden ermordet wurden. Wie viele Fälle sind dir bekannt, und wie schätzt du das Dunkelfeld ein?

Richtig, der Fall reiht sich in eine Vielzahl solcher Taten ein. Die BAG W-Dokumentation lässt aus methodischen Gründen eine quantitative Auswertung nach Tatmotivation leider nicht zu. Die voneinander unabhängigen Recherchen von ZEIT/Tagesspiegel und der Amadeu Antonio Stiftung, wonach etwa 42 wohnungslose Menschen aus einer rechtradikalen bzw. rechtsextremen Motivation heraus ermordet wurden bzw. etwa 20 % aller 213 Opfer rechter Gewalt seit 1990 wohnungslos waren, halte ich für realistisch.

Das Dunkelfeld bei der Gewalt gegen Wohnungslose ist wohl so groß wie bei kaum einer anderen Betroffenenengruppe. Dies gilt vor allem für die nicht-tödliche Alltagsgewalt und liegt vor allem daran, dass Betroffene kein Vertrauen in die oder aufgrund schlechter Erfahrungen sogar Angst vor der Polizei haben. Zudem bleiben sie ohne Wohnung weiterhin schutzlos und müssen immer die Rache der Täter:innen oder von deren Sympathisant:innen fürchten. Deswegen schweigen viele Opfer.

Morde hingegen bleiben wohl nur in sehr seltenen Fällen unerkannt. Allerdings werden bei weitem nicht alle als politisch motivierte Taten klassifiziert, darunter auch solche, die dem Feld ganz offensichtlich zuzuordnen wären.

Was sind deiner Meinung nach die Gründe dafür?

Die Diskrepanz zwischen dem Polizeilichen Meldesystem (KPMD-PMK) und zivilgesellschaftlichen Listen ist wirklich eklatant. Ein Grund dafür ist die in Deutschland zugrunde gelegte sehr enge Definition

von politischen Straftaten. Wohnungslose, Arme, Bettler, Menschen mit Behinderung oder andere benachteiligte Gruppen werden da immer noch nicht adäquat als Opfer von politischer Gewalt berücksichtigt. Nur selten und zaghaft findet eine Überprüfung alter Verdachtsfälle statt.

Ein weiteres Problem ist, dass die PMK als Eingangstatistik konzipiert ist. D.h. die Polizei schätzt die Motivation der Tatverdächtigen – sofern sie sie überhaupt identifizieren und festnehmen können – in einem frühen Stadium der Ermittlung ein. Die Tatmotivation wird aber oftmals erst im Prozess deutlich. Selbst wenn das Gericht eine sozialdarwinistische Motivation feststellt, ist nicht sicher, dass diese Information immer zu der Ermittlungsbehörde zurückfließt und dass das dort für eine nachträgliche Anerkennung als politische Tat sorgt.

„Ungleichheit wird damit zu Ungleichwertigkeit, und aus Ungleichwertigkeit folgt nicht selten Rechtlosigkeit.“

Paul Neupert, BAG W

Noch problematischer ist, wenn Täter:innen vor Gericht schweigen oder angeben, die Tat vorrangig aus Langeweile, aus Frust oder nicht zurechnungsfähig unter Alkoholeinfluss begangen zu haben. Gerichte folg(t)en nicht selten diesen Rechtfertigungsstrategien gemäß der Justizlogik eines Hauptmotivs. Auch so werden Übergriffe gewissermaßen entpolitisiert.

Die PMK berücksichtigt wiederum nur die nachgewiesene Motivation der jeweiligen Tat. Wird sie nicht eindeutig als politisch identifiziert, geht sie nicht in die Polizeistatistik ein. Andere Aspekte wie z.B. eine von rechten Straftaten geprägte Vorgeschichte der Täter:innen, deren Einbindung in rechtradikale Strukturen, Vereinsmitgliedschaften, Neonazi-Chiffren, Dresscodes, Tätowierungen, Musik- oder Filmgeschmack der Täter:innen spielen dabei keine Rolle. Anders ist

das bei zivilgesellschaftlichen Dokumentationen, die die Tat ganzheitlicher betrachten und somit auf eine höhere Fallzahl kommen.

Wie können sich Wohnungslose vor Gewalt schützen? Welche Strategien gibt es?

Es gibt unterschiedliche Strategien. Viele – v.a. Frauen – versuchen, nicht als Wohnungslose aufzufallen. Und tatsächlich gehen viele in den Menschenmassen der Straße unter. Sie achten sehr auf ihr Äußeres und bleiben weitgehend unerkant. Für Personen, die ohne jede Unterkunft auf der Straße leben, hat diese Strategie natürlich Grenzen. Und so gibt es unterschiedliche Schutz- und Umgangsstrategien in Anbetracht drohender Übergriffe. Manche ziehen sich zum Übernachten weit in unbewohnte Gebiete zurück, andere schlafen bewusst an auch nachts belebten oder videoüberwachten Orten. Manche sind bewaffnet, andere haben einen Hund, und wiederum andere tun sich in Gruppen zusammen. All das schützt aber nur bedingt. Der beste Schutz ist die eigene Wohnung. Ist eine solche nicht verfügbar, braucht es Unterkünfte mit ausreichenden Gewaltschutzvorkehrungen. Übrigens haben alle unfreiwillig Obdachlosen einen gesetzlichen Anspruch auf eine solche ordnungsrechtliche Unterkunft. Leider wird dieser Anspruch nicht von allen Kommunen realisiert.

Was können wir als Gesellschaft gegen Gewalt an Wohnungslosen tun?

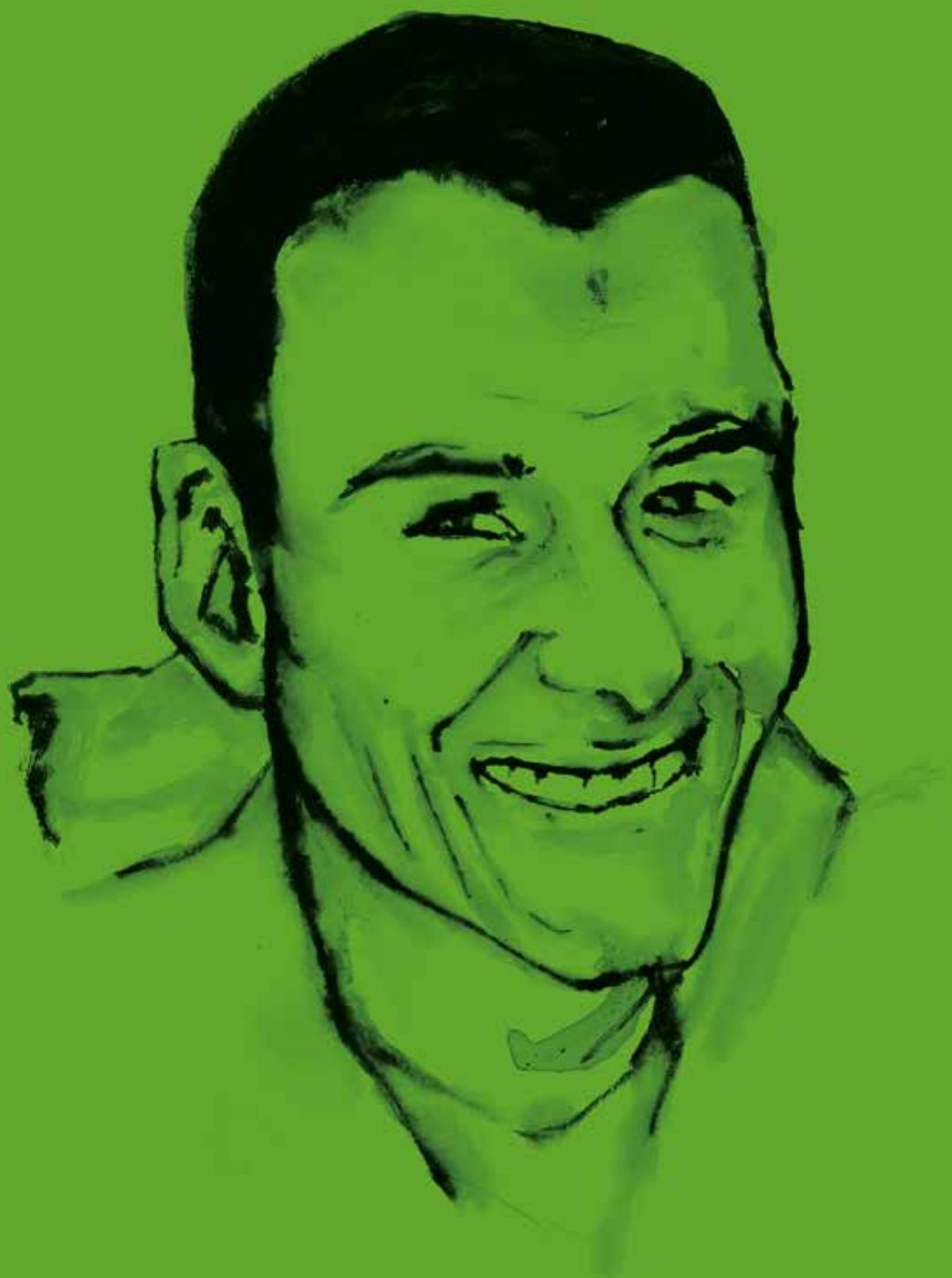
Als Gesellschaft müssen wir uns stärker für den Bau preiswerter Wohnungen, faire Löhne und bezahlbare Mieten einsetzen, um das Problem Wohnungslosigkeit ganz grundsätzlich anzugehen. Darüber hinaus

müssen wir unseren Umgang mit Wohnungslosen überdenken. Wir müssen verfestigte Stereotype hinterfragen, Wohnungslosigkeit als systemisches und nicht als selbstverschuldetes Problem begreifen und sozialdarwinistischen Haltungen und Handlungen aktiv widersprechen und entgegenreten. Gemeinsam müssen wir Gewalttaten öffentlich machen und als gesellschaftliches Problem benennen: Artikel, Publikation, Informationsveranstaltungen, Schulungen für Polizist:innen oder Schüler:innen, Kundgebungen und Demonstrationen gegen Gewalt, Aktionen, Kampagnen, Gedenkveranstaltungen für die Opfer von Gewalt. Und wir müssen dabei die Betroffenen einbeziehen – ihnen Gehör verschaffen und zu ihrem Recht verhelfen.

„Wir müssen verfestigte Stereotype hinterfragen, Wohnungslosigkeit als systemisches und nicht als selbstverschuldetes Problem begreifen und sozialdarwinistischen Haltungen und Handlungen aktiv widersprechen.“

Paul Neupert, BAG W

Mein Tipp: Stadtspaziergänge mit Wohnungslosen oder ehemaligen Wohnungslosen können so manch einen Hardliner zum Nachdenken bringen. Im konkreten Fall dürfen wir bei Gewalttaten nicht wegsehen, müssen mit Bedacht einschreiten, Hilfe rufen, Taten dokumentieren und anzeigen, Opfer zu Gewalt-Beratungsstellen oder direkt zur Polizeidienststelle begleiten und dort als verlässliche Zeugen zur Verfügung stehen. Vor allem sollte man nach einer Tat den Betroffenen emotional beistehen und sie – sofern gewünscht – unterstützen. Es hilft sehr, in solchen Extremsituationen nicht alleine zu sein – ganz besonders wenn man keine Wohnung hat, in die man sich danach zurückziehen kann.



Silvio Meier

**Gestorben am 21. November 1992
im Alter von 27 Jahren**

„Ich sehe einen ganz, ganz fröhlichen Menschen. Jemanden, mit dem ich viel Spaß gehabt habe. Einen Optimisten. Und natürlich war er ein ganz kritischer Mensch. Er war so jung, aber er hatte einen unheimlichen Weitblick, er konnte so vieles schon vorher überschauen.“

**Christiane Schidek
über ihren damaligen Lebensgefährten Silvio Meier**

Wer war Silvio Meier?

Silvio Meier wurde 1965 in Quedlinburg in Sachsen-Anhalt geboren. Im Jahr 1986 zog er in den Ostteil des damals geteilten Berlins. Hier wurde Silvio Meier politisch aktiv, engagierte sich in den oppositionellen Kreisen der DDR und beteiligte sich am Aufbau von Strukturen gegen das Regime. Er war unter anderem Mitbegründer der „Kirche von Unten“ sowie der Umweltbibliothek in der Zionskirche in Berlin-Mitte – einem der bedeutendsten Treffpunkte der späten DDR-Oppositionsbewegung. Silvio Meier war vom Beginn seines politischen Engagements an dazu gezwungen, sich mit rechter Gewalt auseinanderzusetzen. In der Zionskirche organisierte er am Abend des 18. Oktober 1987 ein Konzert, das von Neonazis überfallen wurde. Der Überfall auf die Zionskirche gilt als Wendepunkt in der Wahrnehmung der rechtsextremen Strömungen in der DDR, die bis dahin von der Führung weitestgehend ignoriert worden waren.



*Foto: Kat Friedrich/Umbruch
Bildarchiv*

„Wir hatten ziemlich schnell die Häuser besetzt und waren somit Ziel für jegliche Leute, die ne starke Führung wollten zum Beispiel. Nazis, Faschisten oder eben Hooligans.“

Silvio Meier

Nach dem Zusammenbruch der DDR wurde Silvio Meier Teil der Berliner Hausbesetzerszene. Er lebte in einem Haus in der Schreinerstraße 47 in Berlin-Friedrichshain und arbeitete in einer alternativen Druckerei.

In einem Interview, das nur wenige Monate vor seiner Ermordung geführt wurde, sprach Silvio Meier von rechtsextremen Anfeindungen und Attacken gegenüber den Hausbesetzer:innen: „Wir hatten ziemlich schnell die Häuser besetzt und waren somit Ziel für jegliche Leute, die ne starke Führung wollten zum Beispiel. Nazis, Faschisten oder eben Hooligans.“ Im Jahr 1991 wurde Silvio Meier Vater. Mit seiner damaligen Lebensgefährtin bekam er einen Sohn namens Felix.

Der Tatablauf

Silvio Meier wurde in der Nacht zum 21. November 1992 von rechtsextremen Jugendlichen ermordet. Die drei Täter verstanden sich selbst als Hooligans. Sie trafen sich regelmäßig in einem Jugendclub in Berlin-Lichtenberg, der als rechtsextremer Szenetreffpunkt bekannt war – so auch am Abend vor der Tat. Von dort aus zogen sie weiter zu einer Privatfeier, die sie gegen 23 Uhr angetrunken und ohne konkretes Ziel verließen. Silvio Meier war zur gleichen Zeit mit drei Freund:innen auf dem Weg zu einer Diskothek. Am U-Bahnhof Samariterstraße in Berlin-Friedrichshain trafen die beiden Gruppen aufeinander.

Einer der Hooligans rempelte einen der Freunde Silvio Meiers an. Die Täter waren aufgrund ihrer szenetypischen Kleidung als Neonazis erkennbar. Einer trug einen Aufnäher auf seiner Bomberjacke, den Silvio Meier als rechtsextremen Code identifizierte. Er stellte den Hooligan deshalb zur Rede, woraufhin es zu einer Rangelei kam.

Gewalt gegen (vermeintliche) politische Gegner:innen

Rechte Gewalt ist nicht nur durch abwertende Einstellungen im Sinne Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit motiviert, sondern auch Ausdruck rechtsextremer Kämpfe um politische Vorherrschaft. Gewalt ist ein Grundelement und somit ein zentrales Mittel rechtsextremer Politik. Deshalb trifft rechte Gewalt auch jene, die sich in den Augen Rechtsextremer politisch für eine demokratische und offene Gesellschaft einsetzen, sich gegen Rechtsextremismus engagieren oder über diesen aufklären. Der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. stellte im Zuge seines Monitorings fest, dass Gewalt gegen politische Gegner:innen in den letzten Jahren das zweithäufigste Motiv bei rechter Gewalt war. Davon betroffen sind Angehörige der politischen Linken, demokratisch Engagierte, Journalist:innen, Polizist:innen, Politiker:innen, Angehörige nicht-rechter bzw. alternativer Jugend- oder Subkulturen und andere. Bei Angriffen gegen Angehörige alternativer Subkulturen, beispielsweise bei Punks, vermischen sich häufig sozialdarwinistische (s. Seite 80) mit „politischen“ Motiven.

Die beiden Gruppen entfernten sich kurzzeitig voneinander, trafen sich jedoch am Ausgang des U-Bahnhofs wieder. Die Täter hatten zu diesem Zeitpunkt bereits zwei Butterflymesser gezückt und griffen Silvio Meier und seine Freund:innen unvermittelt an. Zwei der Freund:innen Silvio Meiers wurden verletzt. Silvio Meier selbst wurde von Sandro S., dem späteren Hauptangeklagten, mit insgesamt fünf Messerstichen so schwer verletzt, dass er kurze Zeit nach dem Angriff starb.

Ermittlungen und Prozess

Der Mord wurde vom Berliner LKA frühzeitig als politische Tat gewertet. Trotzdem thematisierte die Polizei den politischen Hintergrund der Tat zunächst nicht öffentlich, sondern sprach stattdessen in einer ersten Polizeimeldung von „zwei rivalisierenden Jugendgruppen“, die sich eine Messerstecherei geliefert hätten. Freund:innen erkannten das rechtsextreme Tatmotiv beim Mord an Silvio Meiers gleich nach der Tat und brachten diese Version an die Öffentlichkeit.

Zwei Tage nach dem Mord stellte sich einer der drei Täter der Polizei. Die Tat wurde am Landgericht Berlin verhandelt, am 1. Oktober 1993 kam es zur Urteilsverkündung. Da die Täter zu diesem Zeitpunkt zwischen 17 und 18 Jahren alt waren, wurde der Prozess als Jugendstrafverfahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Sandro S., der die tödliche Messerattacke vollzogen hatte, wurde als Hauptangeklagter zu vierinhalb Jahren Haft verurteilt. Die beiden Mittäter bekamen Strafen von dreieinhalb Jahren Haft bzw. acht Monaten auf Bewährung. Der festgestellte Alkoholpegel wirkte sich bei allen drei Angeklagten strafmildernd aus.

Silvio Meier wurde wegen seines antifaschistischen Auftretens ermordet und weil er erkennbar der alternativen Hausbesetzerszene angehörte – einem Feindbild der extremen Rechten. Obwohl die Angeklagten

selbst keinen Hehl aus ihrer rechten Gesinnung machten, wurde den politischen Aspekten der Tat vor Gericht wenig Beachtung geschenkt. Die Hooliganszene der Täter wurde im Urteil als „Alkoholmissbrauch treibende Jugendgruppe“ bezeichnet und damit entpolitisiert.

Das Gedenken an Silvio Meier

In Gedenken an Silvio Meier wurde eine breite Erinnerungskultur etabliert, Angehörige und Engagierte halten das Andenken an ihn wach und setzen sich in seinem Namen gegen Rechtsextremismus und

Silvio ist tot

Gestern nacht um 12.30Uhr wurden vier FreundInnen von uns im U-Bhf. Samariterstraße von Faschisten angegriffen. Drei von ihnen wurden niedergestochen. Silvio ist tot, zwei der anderen sind lebensgefährlich verletzt.

Seit Samstag morgen machen wir vor dem U-Bhf. Samariterstr. eine

M a h n w a c h e

die durchgehend aufrechterhalten werden soll. Kommt und löst uns ab.

Am morgigen Sonntag, den 22.11. findet um 14.00 Uhr ein

T r a u e r m a r s c h

statt. Ausgangspunkt ist die Mahnwache am U-Bhf. Samariterstr.

Kommt alle !

(Ex-) Besetzte Häuser
Friedrichshain

Menschenfeindlichkeit ein. Bereits einen Tag nach seiner Ermordung nahmen mehrere Tausend Menschen an einem Trauermarsch teil. Es erschienen etliche Zeitungsbeiträge über Silvio Meier, über den Mord und die Folgen der Tat. Es hieß, der Mord habe den Friedrichshainer Kiez „erschüttert“.

Der Mord wurde vom Berliner LKA frühzeitig als politische Tat gewertet. Trotzdem sprach die Polizei stattdessen in einer ersten Polizeimeldung von „zwei rivalisierenden Jugendgruppen“.

Seit 1992 bis zum Jahr 2014 fand jährlich am Todestag Silvio Meiers eine Gedenkdemonstration in Berlin-Friedrichshain statt, die meist mit aktuellen Anlässen verbunden wurde. Am Tatort, dem U-Bahnhof Samariterstraße, erinnert heute eine Gedenktafel an Silvio Meier. Kurze Zeit nach der Tat von Freund:innen Silvio Meiers angebracht, wurde die Tafel mehrfach beschädigt und entwendet, bis sie im Jahr 2007 schließlich von den Berliner Verkehrsbetrieben fest im Beton verankert wurde.

Der Silvio-Meier-Preis

Seit 2016 wird von der Bezirksverordnetenversammlung und dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin ein Preis im Namen Silvio Meiers verliehen. Einzelpersonen, Gruppen oder Initiativen, die sich im Bezirk gegen soziale Bevormundung, Diskriminierung, Ausgrenzung und Rechtsextremismus einsetzen, können sich jährlich im Frühjahr um den Preis bewerben.

Mehr Infos unter:

<https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/ueber-den-bezirk/ehrun-gen-und-auszeichnungen/silvio-meier-preis/>

Seit 2013 erinnert zudem eine Straße an Silvio Meier. Auf Druck von Gedenkinitiativen wurde die Gabelsbergerstraße in Berlin-Friedrichshain im Jahr 2013 schließlich umbenannt in Silvio-Meier-Straße. Über dem Straßenschild steht: „Engagiert in der unabhängigen DDR-Friedens- und Menschenrechtsbewegung und Hausbesetzer, wurde aufgrund seines antifaschistischen Auftretens ermordet“. Seine damalige Lebensgefährtin sagte dazu: „Wir Freunde haben [...] gesagt, das muss mit auf das Schild. Silvio war eben auch Besetzer. Und noch viel mehr: Freund, Antifaschist, Teil der Opposition in der DDR.“



Die Umbenennung zur Silvio-Meier-Straße. Foto: Cyzen



Beate Fischer

**Gestorben am 23. Juli 1994
im Alter von 32 Jahren**

„Sie wollte Diskotheken kennenlernen, Leute kennenlernen, das Leben genießen. Sie sagte mir, sie lebt nur einmal.“

Eine ehemalige Kollegin über Beate Fischer

Wer war Beate Fischer?

Über das Leben von Beate Fischer ist leider nur sehr wenig bekannt. Als sie ermordet wurde, war sie 32 Jahre alt. Sie war Mutter zweier Kinder, die damals vier und sechs Jahre alt waren. Sie lebte im Ortsteil Weißensee, im heutigen Bezirk Berlin-Pankow.

Beate Fischer war verheiratet, lebte aber von ihrem Mann getrennt. Nach ihrer Trennung wollte sie das Leben genießen, Dinge tun, die sie bisher noch nicht getan hatte.



Quelle: Berliner Zeitung
vom 28. Juli 1994

Der Tatablauf

Beate Fischer kam am Morgen des 23. Juli 1994 von einer Feier. Am Berliner Ostbahnhof traf sie auf vier rechtsextreme Skinheads im Alter zwischen 18 und 21 Jahren. Die Neonazis sprachen Beate Fischer an, die zu dieser Zeit als Sexarbeiterin arbeitete – sie folgte den vier Männern daraufhin in eine Wohnung, die als rechtsextremer Szenetreffpunkt bekannt war.

Ob Beate Fischer den Skinheads freiwillig folgte, ist unklar. Die vier Männer behaupteten dies später gegenüber der Polizei. Eine Kollegin sagte jedoch

Beate Fischer war Mutter zweier Kinder, die damals vier und sechs Jahre alt waren.

in einer polizeilichen Vernehmung, sie würde Beate Fischer ein solches Verhalten nicht zutrauen, weil sie immer sehr vorsichtig gewesen sei und keinerlei Sympathie für Rechtsextreme gehabt habe.

Was ist Misogynie?

Misogynie, Frauenfeindlichkeit, ist die Ablehnung von allem weiblich Gelesenen. Sie wird begründet durch die Vorstellung einer patriarchalen Ordnung, in der Frauen eine geringere Wertigkeit zugeschrieben wird als Männern. Misogynie richtet sich vor allem gegen Frauen, die nicht der Rolle entsprechen, die diese patriarchale Struktur ihnen zuschreibt – also gegen Frauen, die gegen klassische Rollenmuster aufbegehren. Ein solches Verlassen der zugeschriebenen Geschlechterrolle sehen Frauenhasser beispielsweise dann, wenn eine Frau einem Mann Dienstleistungen verweigert, die ihm seiner Meinung nach zustehen (sexuelle Handlungen etc.). Oder wenn Frauen, wie im Falle von Sexarbeit, selbstbestimmt über ihren Körper verfügen.

Sowohl die Vorstellung einer klaren Geschlechterordnung mit einer Vormachtstellung des Mannes als auch Misogynie sind wesentliche Elemente rechtsextremer Ideologie.

In der Wohnung in Berlin-Reinickendorf kam es zu sexuellen Handlungen zwischen Beate Fischer und den Neonazis. Die Männer hielten sie mit Gewalt in der Wohnung fest und misshandelten sie auf grausamste Art und Weise. Über zehn Stunden lang quälten, demütigten, schlugen und vergewaltigten die Skinheads ihr Opfer. Beate Fischer versuchte mehrfach vergebens aus der Wohnung zu entkommen und die Täter davon zu überzeugen, sie freizulassen. Die Neonazis ließen ihrem Hass auf Frauen freien Lauf. Am Ende des Gewaltexzesses erdrosselten sie Beate Fischer mit einem Gürtel.

Ihre Leiche wickelten die Täter in eine Decke und legten sie vor der Mülltonne eines Wohnhauses ab, wo Mieter:innen sie fanden.

Ermittlungen und Prozess

Die Täter flüchteten, wurden aber nach und nach von der Polizei gefasst. Am 24. April 1995 wurden die vier Neonazis in mehreren Anklagepunkten verurteilt: drei von ihnen nach Jugendstrafrecht zu 9 und 10 Jahren Haft; der älteste der Täter zu einer lebenslangen Haftstrafe nach Erwachsenenstrafrecht.

Alle vier Täter waren seit ihren frühen Jugendjahren Teil der gewaltorientierten rechtsextremen Szene gewesen. Ihre menschenverachtende Gesinnung brachten sie in den Vernehmungen zum Ausdruck.

Das Gericht erkannte den Zusammenhang zwischen dem rechtsextremen Weltbild und der Misogynie der Täter. Im Urteil wurde hervorgehoben, dass die „Verachtung der Neonazis für Schwäche und Minderheiten“ ihr individuelles Gewissen lahmgelegt und sie somit zu der grausamen Tat befähigt habe. Die Skinheads hätten „nach ihrer Wolfsmoral Sex als die Bühne ihrer Macht benutzt“.



Gedenkveranstaltung 2019 in Berlin-Reinickendorf.

Foto: akkberlin.blackblogs.org

„Sie wussten, dass es sich bei ihr um eine Prostituierte handelte. Nach den Vorstellungen der Angeklagten gehörte sie damit einer Gruppe von Menschen an, die sie als ‚minderwertig‘ ansahen.“

Aus der Urteilschrift

Als Motiv machte das Gericht ein Zusammenspiel aus Machtausübung und der Verachtung von Frauen, die nicht den Vorstellungen der Täter entsprachen, aus: „Sie wussten, dass es sich bei ihr um eine Prostituierte handelte. Nach den Vorstellungen der Angeklagten gehörte sie damit einer Gruppe von Menschen an, die sie als ‚minderwertig‘ ansahen.“ Obwohl das Gericht die Motivlage erkannte und thematisierte, wurde Beate Fischer erst nach der Überprüfung durch das ZfA in der oben genannten Studie 2018 offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt.

Das Gedenken an Beate Fischer

Der Mord an Beate Fischer fand zunächst keine große Beachtung in der Öffentlichkeit, insbesondere der rechtsextreme Hintergrund wurde kaum thematisiert. Das ist symptomatisch dafür, dass Misogynie häufig fälschlicherweise nicht als Teil rechtsextremer Ideologie verstanden wird.

Inzwischen finden jährlich Veranstaltungen zum Gedenken an Beate Fischer statt. Engagierte erinnern an sie und sprechen dabei auch ihre Solidarität gegenüber all jenen aus, die von misogynen Gewalt betroffen sind.



Initiativen und Einzelpersonen gedenken Beate Fischers bei einer Kundgebung im Jahr 2020.

Foto: akkberlin.blackblogs.org

„Im rechtsextremen Denken spitzt sich die gesamtgesellschaftliche Misogynie zu.“

Interview mit Judith Rahner



*Foto:
Tanja Schnitzler*

Judith Rahner studierte Gender-Studies, Musik- und Erziehungswissenschaften. Bei der Amadeu Antonio Stiftung leitet sie im Rahmen des Kompetenznetzwerks Rechtsextremismusprävention den Projektbereich zur Stärkung der bundesweiten Zivilgesellschaft sowie die Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus, die mit einem Fokus auf Gender Akteur:innen aus Bildungsarbeit, Politik und Medien im Umgang mit Rechtsextremismus, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Antifeminismus berät und schult.

Mit ihr sprach Ibo Muthweiler vom Opferfonds CURA.

CURA: Was verstehst du unter dem Begriff Misogynie?

Judith Rahner: Misogynie beschreibt die Geringschätzung von Frauen, Frauenhass oder die Verachtung von Frauen. Ich würde Misogynie als patriarchales Weltbild der Ungleichwertigkeit beschreiben. Frauen werden darin als minderwertiger angesehen, sie haben in diesem Weltbild weniger gesellschaftliche Relevanz. Dem gegenüber steht das Andere, der Mann, dem eine höhere Wertigkeit zugesprochen wird.

Diese Hierarchisierung von Geschlechtern hat eine lange Tradition und Geschichte – im schlechten Sinne. Das hat entsprechende Auswirkungen auf die gesellschaftliche Wirklichkeit. Beispielsweise verdienen Angestellte Frauen pro Stunde ein Fünftel weniger als Männer (Gender Pay Gap), leisten 1,5 Mal mehr unbezahlte Sorgearbeit (Gender Care Gap) oder sind nur mit rund 12 % in den DAX-Vorständen vertreten.

Diese Zahlen sind Indikatoren für Ungleichheit und Ausdruck ungleicher Verwirklichungschancen; und sie zeigen, dass Männer dabei in einer privilegierten Position (Patriarchat) sind, weshalb vor allem Frauen von Sexismus und Misogynie betroffen sind. Das ist durch feministische Kämpfe überhaupt erst sichtbar gemacht worden, um es verändern zu können.

Beate Fischer wurde von ihren Mördern als minderwertig betrachtet. Auch nach der Tat betonten die Täter diese Sicht in Vernehmungen. Sexarbeiterinnen erfahren häufig Gewalt, werden immer wieder zur Zielscheibe von Frauenhassern. Warum richtet sich misogynie Gewalt so oft gegen Frauen, die diesen Beruf ausüben?

Zunächst müssen wir den gesellschaftlichen Kontext klären, vor dessen Hintergrund solche unglaublich brutalen Taten geschehen: Denn Menschen, die diesen Beruf ausführen, sind von krassen Diskriminierungen betroffen, sie werden von breiten Teilen der Gesellschaft abgelehnt, und Sexarbeit ist nicht als Beruf anerkannt. Auch innerhalb von feministischen Räumen gibt es kontroverse Meinungen und teils heftige Auseinandersetzungen darüber. Sexarbeiterinnen genießen also kaum gesellschaftlichen Schutz. Damit auch nicht vor Rechtsextremen.

In der rechtsextremen Ideologie gelten Sexarbeiterinnen als besonderes Feindbild. Es fußt auf einem sexistischen Frauenbild und einem extremen Hass vor allem auf „bestimmte“ Frauen: politische Gegnerinnen, obdachlose Frauen, Lesben, Trans* oder Frauen of Color, Frauen, die in der Öffentlichkeit stehen, und eben Sexarbeiterinnen. Letztere werden in diesem Weltbild als minderwertig betrachtet, als Frauen, über deren Körper – auch gewaltvoll – „verfügt“ werden kann. Sie sind quasi das Gegenteil der „anständigen Frauen“, die im Geschlechterbild des Rechtsextremismus eine ganz bestimmte Rolle spielen: Sie müssen dem deutschen Volke dienen, vor allem indem sie

viele Kinder gebären und aufziehen, und sie müssen dem Manne untertan sein. In dieses Bild passt keine sexuelle Selbstbestimmung einer Frau und schon gar nicht, dass sie einem Beruf als Sexarbeiterin nachgeht. Es sei denn, an ihr lässt sich Geld verdienen. Es gibt ja diverse Rechtsextremisten, die mit Prostitution und Menschenhandel ihr Geld verdienen. Dann gilt eben, dass über ihren Körper oder über die „minderwertige“ Frau „verfügt“ werden kann. Frauen, die sich „nicht anständig verhalten und Sex gegen Geld anbieten“, gehören nicht zur „Volksgemeinschaft“. Gewalt gegen diese Frauen – und zwar auch äußerst brutale Gewalt – auszuüben, wird im rechtsextremen Denken legitimiert.

Die Fälle von Gewaltexzessen gegenüber Sexarbeiterinnen durch extrem rechte Männer finden leider kaum Berücksichtigung im öffentlichen Diskurs. Auch nicht in der Rechtsextremismusforschung. Der schreckliche Mord an Beate Fischer ist jahrelang nicht als rechte Gewalt anerkannt worden. Zudem bezieht niemand Sexarbeiter*innen in die Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus ein.

Laut einer europaweiten Studie zu Gewalt gegen Frauen hat jede dritte Frau* seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexualisierte Gewalt erlebt. Angesichts dieser Dimension erscheint misogynne Gewalt eher wie ein trauriges Alltagsphänomen und nicht als etwas, das durch rechte Ideologie begründet wird. Wie würdest du den Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und Misogynie beschreiben?

Das eine setzt das andere voraus. Denn ein patriarchales Macht- und Unterdrückungsverhältnis ist der Boden, auf dem Gewalt an Frauen legitimiert wird, teilweise sogar als „normal“ erscheint und nicht auffällt. Das ist erstmal eine gesamtgesellschaftliche Tatsache: So sind Frauen in besonderem Maße von spezifischen Gewaltformen, wie beispielsweise Partnerschaftsgewalt und sexualisierter Gewalt, betroffen: 60% der

Frauen sind unterschiedliche Formen geschlechtsbezogener Belästigung im öffentlichen oder privaten Raum oder am Arbeitsplatz widerfahren, und 37 % haben mindestens einmal körperliche und/oder sexualisierte Übergriffe erlebt. Im Bereich digitaler Gewalt an Frauen sind die Zahlen noch düsterer.

Im rechtsextremen Denken spitzen sich diese patriarchalen und hierarchischen Geschlechtervorstellungen zu und werden mit einer generellen Legitimation von Gewalt verkoppelt. Jemand, der misogyn ist, ist nicht unbedingt ein Rechtsextremist, aber Rechtsextremisten sind immer misogyn. Das könnte eine zutreffende Formel sein. Die biologistische Geschlechterideologie ist ein zentrales Element der vorgestellten Volksgemeinschaft. Auf der einen Seite der „wehrhafte und soldatische Mann“, auf der anderen Seite die „deutsche Mutter“ – mit allen stereotypen und starren Geschlechterrollen. In dieses völkische Korsett passen nur wenige Menschen; und diejenigen, die drin sind, haben sich zu fügen. Das gilt übrigens für beide Geschlechter.

„Jemand, der misogyn ist, ist nicht unbedingt Rechtsextremist. Aber Rechtsextremisten sind immer misogyn.“

Judith Rahner

Misogynie kann im Rechtsextremismus, in Bezug auf bestimmte Frauen, besonders gewaltvolle und eliminatorische Formen annehmen. Bestimmte Frauen werden von Rechtsextremen ganz gezielt angegangen. Und es gibt eine weitere Besonderheit von Misogynie im Rechtsextremismus: Rassisten und Antisemiten können zwar „Ausländer raus!“ brüllen, aber misogynen Rechtsextremisten können schlecht „Frauen raus!“ fordern. Es gibt aber durchaus auch Rechts-extreme wie zum Beispiel den Begründer der Incel-Bewegung, der einen Terror-Anschlag mit sechs Toten begangen hat und der in seinem Pamphlet forderte,

dass es „Konzentrationslager für Frauen“ geben solle. Darin sollte gewährleistet sein, dass die Männer Zugang zu Sex haben und dass internierte Frauen wie „Gebärmaschinen“ funktionieren. Es gibt also entsetzlich misogynne Forderungen in rechtsextremen Zusammenhängen. Aber auch absurde und wahnhaftige Verschwörungsmythen: So ist beispielsweise eine zentrale Erzählung im rechtsextremen Denken, dass „der Feminismus“ den deutschen Mann schwäche und verweichliche und dieser somit nicht mehr das deutsche Volk verteidigen könne. Außerdem sei Feminismus für die sinkende Geburtenrate verantwortlich, also letztlich für das Aussterben der Deutschen – den sogenannten „Volkstod“. Das wird dann oft antisemitisch so begründet, dass beispielsweise „die Juden“ den Feminismus erfunden hätten, um „den deutschen Mann“ zu schwächen. In solchen wahnhaften Vorstellungen zeigt sich noch einmal sehr deutlich der Unterschied zwischen rechtsextremem Frauenhass und der Misogynie in der Gesamtgesellschaft, und es zeigt deutlich, dass ein gewaltsames Vorgehen gegen Feministinnen im Denken begründet wird.

Bei den rechtsterroristischen Anschlägen in Christchurch (2019) oder Halle (2019) veröffentlichten die Täter im Internet Pamphlete, die einen solchen wahnhaften Hass auf Frauen ausdrückten. Seitdem wird misogynne rechte Gewalt in der Öffentlichkeit stärker diskutiert. Nimmt das Tatmotiv Misogynie zu, oder wird diesem nur mehr Beachtung geschenkt?

Es ist beides: Zum einen gibt es eine gestiegene gesellschaftliche Sensibilität für diese Themen. Es wurde beispielsweise in einigen Medien explizit über den Antifeminismus der rechtsterroristischen Attentäter diskutiert. Auch vereinzelte Vertreter:innen aus Sicherheitsbehörden oder politisch Verantwortliche nehmen sich des Themas zunehmend an. Das muss alles noch deutlich mehr werden, um schlagkräftig sein zu können, aber es ist ein Anfang.

Zum anderen haben Antifeminismus und Frauenhass zugenommen oder sind erstarkt. Nicht zuletzt auch wegen eines Erstarken antiliberaler, vielfaltsfeindlicher oder extrem rechter Bewegungen. Ich würde das als Abwehrreaktion auf eine erfolgreiche Emanzipation bewerten, denn immer, wenn gesellschaftliche Gruppen, ganz egal ob Jüd:innen, Muslim:innen oder eben Frauen, ihren gesellschaftlichen Platz einforderten, sichtbarer und hörbarer wurden, gab es reaktionäre Gegenbewegungen. Eine davon ist die antifeministische Bewegung, die sehr viele Schnittstellen zur extremen Rechten hat. Die Frage ist jetzt, welche Konsequenzen eine Gesellschaft daraus zieht und welche Instrumente es braucht, um sich wirksam dem entgegenzustellen.

In die offizielle Statistik des BKA zu rechter Gewalt (PMK-rechts) fließen zwar Gewalttaten gegen Personen ein, die von der Heteronorm abweichen (Homosexuelle, queere Menschen etc.) – Taten aus frauen*feindlichen Motiven werden jedoch nicht systematisch erfasst. Insgesamt fehlt Misogynie häufig in den Definitionen rechter Gewalt. Braucht es eine Reform des Verständnisses von rechter Gewalt?

Auf jeden Fall, und zwar dringend. Man kann nicht den Sicherheitsbehörden allein den Vorwurf machen, sie würden Misogynie ausblenden, während alle anderen gesellschaftlichen Akteure wie Justiz, Politik, Verwaltungen, Wissenschaften oder zivilgesellschaftliche Organisation dazu schon seit jeher sensibilisiert wären und das Problem erkannt hätten. Der gesellschaftliche und politische Wille fehlt auf vielen Seiten. Es wird einfach nicht verstanden, dass Misogynie oder Antifeminismus zu bekämpfen fundamentaler Bestandteil einer Verteidigung der Demokratie gegen Menschenfeinde ist. Die Gegner:innen der Demokratie greifen gerade hier unbemerkt demokratische Werte an. Das sollte uns alle interessieren, nicht zuletzt weil die Hälfte der Bevölkerung davon betroffen ist. Zudem ist

Gewalt an Frauen – rechts motiviert oder nicht – eine krasse Menschenrechtsverletzung, die keine moderne Demokratie einfach hinnehmen sollte.

Bisher gibt es kein Monitoring- und Erfassungssystem für Antifeminismus; misogyny Gewalt wird einfach nicht erfasst! Es braucht dringend ein Umdenken und eine zivilgesellschaftliche und sicherheitsbehördliche Auseinandersetzung damit, wie man die Erfassung dieser Phänomene operationalisieren und das Dunkelfeld erhellen kann. Denn wir kriegen in unserer Beratungspraxis sehr viele Anfragen von betroffenen Gleichstellungsbeauftragten, Journalist:innen oder (Kommunal-)Politiker:innen. Da erleben wir, auf welch üble Art und Weise sich Gewalt gegen Frauen äußert. In der Fach-

„Immer, wenn gesellschaftliche Gruppen, ganz egal ob Jüd:innen, Muslim:innen oder eben Frauen, ihren gesellschaftlichen Platz einforderten, gab es reaktionäre Gegenbewegungen. Eine davon ist die antifeministische Bewegung, die sehr viele Schnittstellen zur extremen Rechten hat.“

Judith Rahner

stelle Gender, GMF und Rechtsextremismus bauen wir derzeit ein zivilgesellschaftliches Monitoring zu Antifeminismus auf, um systematische Hinweise auf dessen Verbreitung zu bekommen und diese Daten aufbereiten zu können. Nur so lassen sich wirksame Präventionsmaßnahmen entwickeln. Außerdem haben wir eine Studie über „Misogyne und sexistisch motivierte Gewalt von rechts“ erstellt, die die Fälle von weiblichen Opfern extrem rechter Gewalt weiter aufarbeitet, um daraus Konsequenzen für Politik, Sicherheitsbehörden und Präventionsarbeit ziehen zu können.

Immerhin gibt es bei ein paar Akteuren zu antifeministischen und extrem rechten Mobilisierungen mittlerweile eine größere Sensibilität, auch in den Sicherheitsbehörden. Beispielsweise gibt es vom LKA Berlin eine Initiative, in Zukunft antifeministische Straftaten zu erfassen. Das ist ein Anfang. Es fehlen aber noch die geschulten Beamten in Sicherheitsbehörden und Justiz, die so etwas erkennen, dazu ermitteln und damit umzugehen haben. Es gilt jetzt, dran zu bleiben, damit es mehr Zahlen gibt und eine bessere Präventionsarbeit auf den Weg gebracht werden kann.

Die Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus

Die Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus berät und schult mit einem Fokus auf Gender bundesweit Zivilgesellschaft, Politik, Jugendarbeit, Bildungseinrichtungen und Medien im Umgang mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit: Was bedeutet die Arbeit gegen Rassismus, Antisemitismus oder Antifeminismus konkret in der Praxis? Welche Rolle spielt Geschlecht bei abwertenden Einstellungen und Äußerungen? Warum sind die Themen Feminismus, Gender oder Geschlechtergerechtigkeit Feindbilder bei rechtspopulistischen Akteur:innen?

Die Fachstelle unterstützt Sie gern mit Rat und Tat und soweit möglich bei der Vermittlung lokaler Partner:innen und Anlaufstellen oder Referent:innen.

Telefon 030. 240 886 12
fachstelle@amadeu-antonio-stiftung.de

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/fachstelle-gender-und-rechtsextremismus>



Jan Wnenczak

**Gestorben am 26. Juli 1994
im Alter von 45 Jahren**

„Jan Wnenczak war ein guter Mensch, den alle mochten, die ihn kannten. Er war sozial und immer an seiner Familie orientiert. Außerdem liebte er die Musik. Er war begeisterter Akkordeonspieler und konnte schnell fast jedes Lied nachspielen.“

Irena Wnenczak über ihren Ehemann Jan Wnenczak

Wer war Jan Wnenczak?

Jan Wnenczak lebte die meiste Zeit seines Lebens in Niedzica, einem kleinen Dorf im Süden Polens, unweit der slowakischen Grenze. Er war Bauarbeiter und half beim Bau einer Vielzahl von Gebäuden in seinem Heimatdorf und in den umliegenden Gemeinden. Neben einer Kirche errichtete Jan Wnenczak auch ein Haus für sich und seine Familie – er hatte eine Ehefrau und zwei Töchter. Seine Frau lebt noch heute in dem Haus.

Wie viele seiner Bekannten ging auch Jan Wnenczak vorübergehend nach Deutschland, um seine Fähigkeiten dort für eine bessere Bezahlung einzusetzen. 1994 kam er nach Berlin, um auf einer Baustelle zu arbeiten. Er lebte zu dieser Zeit in einer Gemeinschaftsunterkunft, die ihm von seinem Arbeitgeber zugewiesen wurde.

Neben einer Kirche errichtete Jan Wnenczak auch ein Haus für sich und seine Familie – er hatte eine Ehefrau und zwei Töchter.

Sein Tod war ein großer Schock für seine Familie, der ihr gesamtes Leben verändert hat.

Der Tatablauf

Jan Wnenczak verbrachte den 25. Juli 1994 gemeinsam mit einem Freund am Ufer der Spree in Berlin-Friedrichshain. Die beiden waren erst vor kurzem aus Polen nach Berlin gekommen, um dort zu arbeiten. Es war ein heißer Sommertag, deshalb blieben die beiden Freunde bis zur Nacht am Wasser und tranken dort Alkohol.

In der Nacht traf eine Gruppe Jugendlicher im Alter zwischen 13 und 24 Jahren an derselben Stelle des Spreeufers ein, um dort baden zu gehen. Jan Wnenczak und sein Freund gerieten in einen Streit mit den

Ertrunkener Pole: Vier Haftbefehle

T S Verdacht des Totschlags wegen der brutalen Tat an der Spree

28. 07. 94

Wegen versuchten und vollendeten Totschlags an einem 45jährigen Polen sind gestern abend Haftbefehle gegen vier Jugendliche aus Friedrichshain und Lichtenberg ergangen. Das teilte Justizsprecher Frank Thiel auf Anfrage mit. Bei drei weiteren Jugendlichen, für die die Staatsanwaltschaft ebenfalls Haftbefehle beantragt hatte, entschied der Haftrichter lediglich auf „psychische Unterstützung“. Ein weiterer 13jähriger wurde gar nicht erst vorgeführt, weil er noch nicht strafmündig ist.

Bei den Jugendlichen, gegen die jetzt Haftbefehl erging, handelt sich nach Angaben der Polizei um den 21 Jahre alten Mario G., den 24jährigen Frank L., den 19jährigen Thilo Mo. sowie den 18 Jahre alten Oliver M.. Wie berichtet, wird ihnen

vorgeworfen, zwei Polen in der Nacht zum Dienstag in die Spree gejagt zu haben, dabei sollen sie selbst im seichten Wasser geblieben sein.

Der 45jährige Mann ertrank, nachdem die Jugendlichen ihn und einen 36 Jahre alten Landsmann brutal daran gehindert hatten, wieder an das Ufer zu kommen. Zunächst war der 36jährige Pole nach einem Streit um zwei Mädchen in das Wasser gestoßen worden. Nachdem auch sein 45jähriger Landsmann in die Spree gesprungen war, um ihm zu helfen, griffen die Jugendlichen die Polen mit Fuß- und Faustschlägen an und trieben sie unter Beschimpfungen immer tiefer in das Wasser. Eine zufällig vorbeikommende Zivilstreife konnte nur noch einen der beiden retten. Tsp

Quelle: Tagesspiegel vom 28. Juli 1994

Jugendlichen. Dem Gerichtsurteil und Medienberichten zufolge kam es dazu, weil Jan Wnenczak und sein Freund zwei Frauen aus der Gruppe belästigten und bedrängten. Der Freund Jan Wnenczaks bestritt dies später vor Gericht.

Es kam zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen den Jugendlichen und den beiden Männern, die jedoch ohne schwere Verletzungen beigelegt werden konnte. Ohne ersichtlichen Anlass fingen zwei Männer aus der Gruppe einige Zeit später erneut Streit mit Jan Wnenczak und seinem Freund an. Sie drängten die beiden, die mittlerweile unter erheblichem Alkoholeinfluss standen, ins tiefe Wasser der Spree. Der Rest der Gruppe beteiligte sich an dem Angriff. Zu acht hinterließen sie Jan Wnenczak und seinen Freund gewaltsam daran, das Wasser zu verlassen. Immer wieder schlugen sie auf die beiden ein, schubsten sie und drängten sie tiefer ins Wasser. Dabei rief die Gruppe rassistische Bemerkungen wie „Polacken, verpiss euch“ und „lasst die Polen nicht raus“.

Jan Wnenczak und sein Freund verloren bei den fortlaufenden Versuchen, das Ufer zu erreichen, zunehmend die Kraft. Da die Täter ihn nicht an Land ließen, versuchte Jan Wnenczak schließlich, das andere Ufer zu erreichen. Bei diesem Versuch ertrank er.

Das ganze Geschehen wurde von zwei Zivilpolizisten beobachtet. Sie sahen in der Auseinandersetzung nichts Auffälliges und griffen erst ein, als sie die rassistischen Rufe der Täter hörten. Der Freund Jan Wnenczaks konnte so gerettet werden – für ihn selbst kam die Hilfe zu spät.

Da die Täter ihn nicht an Land ließen, versuchte Jan Wnenczak schließlich, das andere Ufer zu erreichen. Bei diesem Versuch ertrank er.

Den Tätern wurde noch am Tatort vom Tod Jan Wnenczaks berichtet. Darauf reagierten die Jugendlichen, mit zwei Ausnahmen, „keineswegs betroffen, sondern beinahe belustigt“, wie aus dem Gerichtsurteil hervorgeht.

Ermittlungen und Prozess

Die Täter wurden noch am Tatort festgenommen. Am 5. Mai 1995 sprach das Landgericht Berlin die Urteile über die Angreifer. Drei Personen wurden wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Nötigung zu Freiheitsstrafen zwischen drei und vier Jahren verurteilt. Zwei weitere Personen wurden wegen Beihilfe zum genannten Delikt zu sechs bzw. neun Monaten Jugendstrafe verurteilt. Eine weitere Person erhielt eine Freiheitsstrafe von einem Jahr. Einer der Täter war zum Tatzeitpunkt noch nicht strafmündig.

Bei der Festnahme der Täter waren laut den Beamten Sätze wie „das ist ja nur ein Polacke“ gefallen. Trotz der rassistischen Aussagen der Täter während und nach der Tat erkannte das Gericht keine rassistische Tatmotivation.

Die staatliche Erfassung rechter Gewalt

Bei rechter, menschenverachtender Gewalt gibt es stets hohe Differenzen zwischen den staatlichen und den zivilgesellschaftlichen Zahlen. Von den Ermittlungsbehörden werden solche Gewalttaten in der sogenannten PMK-rechts-Statistik (politisch motivierte Kriminalität) erfasst. Dabei handelt es sich um eine Eingangsstatisik – d.h. die Polizeibeamt:innen, die an einen Tatort gerufen werden, klassifizieren eine Tat als „politisch motiviert“ und leiten den Fall weiter an die Staatsschutzstelle des jeweiligen Landeskriminalamts. Das gibt den einzelnen Beamt:innen einen hohen Entscheidungsspielraum. Erfolgt die Klassifikation nicht, beispielsweise weil die Beamt:innen den Hintergrund einer Tat nicht erkennen, wird eine Gewalttat womöglich nie in der Statistik berücksichtigt.

Zentrales Kriterium für die Aufnahme in die Statistik ist die Tatmotivation der Täter:innen. Diese haben jedoch ein Interesse daran, ihr „politisches“ Tatmotiv zu verbergen, denn dies wirkt sich unter Umständen vor Gericht strafverschärfend aus. Zivilgesellschaftliche Initiativen fordern deshalb eine stärkere Berücksichtigung der Perspektiven der Betroffenen und Zeug:innen. Denn Betroffene können häufig detaillierte Angaben zum Tatverlauf machen, aus denen sich die Motivation ableiten lässt. Ihre Aussagen oder die von Zeug:innen zur Tatmotivation sollten deshalb verpflichtend aufgenommen und berücksichtigt werden.

Das Gedenken an Jan Wnenczak

Der schreckliche Mord an Jan Wnenczak ist bis heute nicht als rechter Mord anerkannt. Leider gibt es bisher keine aktive Gedenkarbeit zu Jan Wnenczak. In Niedzica, der kleinen polnischen Gemeinde, in der Jan Wnenczak lebte, wurde anlässlich seines 26. Todestages ein Gedenkgottesdienst abgehalten.



Kurt Schneider

**Gestorben am 06. Oktober 1999
im Alter von 38 Jahren**

„Der Tod von Kurt Schneider ist für uns eine Mahnung, die als Erinnerung wachgehalten werden muss. Neonazis und andere Rechte morden weiterhin. Nur wenn uns das bewusst ist, können wir unser Zusammenleben so gestalten, dass so etwas in Zukunft vielleicht nicht mehr einfach so passieren kann.“

**Die Gedenkinitiative „Antifaschistische Vernetzung Lichtenberg“
über die Erinnerung an Kurt Schneider**

Wer war Kurt Schneider?

Leider ist nur sehr wenig über das Leben Kurt Schneiders bekannt. Er wurde 1961 in Königs Wusterhausen in Brandenburg geboren. Nach der Schule machte er eine Ausbildung zum Maurer. In diesem Beruf war er einige Zeit lang tätig. Bis zum Jahr 1994 lebte er gemeinsam mit seiner Mutter in der brandenburgischen Kleinstadt – dann zog er nach Berlin.

1999 lebte er in Berlin-Lichtenberg. Er war zu dieser Zeit arbeitslos und litt unter einer Alkoholabhängigkeit.

Der Tatablauf

Kurt Schneider hielt sich in der Nacht zum 6. Oktober 1999 in der Nähe einer Tankstelle auf der Frankfurter Allee in Berlin-Lichtenberg auf. Er war auf dem Weg nach Hause, als er auf eine Gruppe von Neonazis traf.

Die vier Männer im Alter zwischen 17 und 23 Jahren zogen in dieser Nacht umher, um Gewalt gegen all jene anzuwenden, die nicht in ihr rechtsextremes Weltbild passten. Wie sie später selbst aussagten, waren sie gezielt auf der Suche nach körperlichen Auseinandersetzungen. Nachdem sie sich in einem ehemaligen Neonazitreffpunkt getroffen hatten, griffen sie auf der Straße einen Mann an, weil dieser einen Döner aß und in den Augen der Täter wie ein „Hip-Hopper“ aussah. Sie schlugen ihm mehrfach mit einer Bierflasche gegen den Kopf. Anschließend liefen sie mit einer Zaunlatte bewaffnet zu einem besetzten Haus in der Samariterstraße und riefen dort die neonazistische Parole „Hier marschiert der nationale Widerstand“.

Als niemand aus dem Haus reagierte, begaben sie sich zu der Tankstelle, die sich in der Nähe des Wohnhauses einer der Täter befand. Kurt Schneider grüßte die Neonazis. Diesen Gruß eines in ihren Augen sozial Schwächeren empfanden die vier Neonazis als Provokation – sie traten ihm unvermittelt in den Bauch.

Kurt Schneider verließ die Tankstelle daraufhin, doch die Täter folgten ihm. Sie lockten ihn in eine unbeleuchtete Grünanlage, einen früheren Urnenhain, und schlugen ihn dort brutal zusammen. Anschließend stahlen sie ihm das wenige Geld, das er bei sich trug, sowie seinen Tabak.

Die vier Männer im Alter zwischen 17 und 23 Jahren zogen in dieser Nacht umher, um Gewalt gegen all jene anzuwenden, die nicht in ihr rechtsextremes Weltbild passten.

Sie ließen Kurt Schneider vor Ort liegen und gingen in die Wohnung eines der Neonazis. Dort „berauschten sich die Angeklagten zunächst an dem zuvor von ihnen ausgeübten Gewaltakt“, wie es später im Urteil heißt. Sie beschlossen gemeinsam, mit einem Küchenmesser zurück zu Kurt Schneider zu kehren und ihn zu ermorden. Als sie den noch immer am Boden Liegenden fanden, traten sie zuerst mehrfach mit ihren Springerstiefeln auf ihn ein. Anschließend ermordeten sie ihn mit vier Messerstichen. Seine Leiche ließen sie im Gebüsch liegen.

Ermittlungen und Prozess

Die Polizei nahm die vier Neonazis am nächsten Tag fest. Ein Zeuge gab gegenüber der Polizei an, „Sieg Heil“-Rufe in der Nähe des Tatorts gehört zu haben. Blutspuren und leere Bierflaschen führten die Beamten:innen zu der Wohnung, in der die Täter sich aufhielten. Die Wohnung war der Polizei bereits als Neonazitreffpunkt bekannt.

Am 20. April 2000 wurden die Täter vor dem Landgericht Berlin wegen schweren Raubes in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung und Mord verurteilt: Michael V. und Manuel S. zu lebenslanger Haft, Carsten U. zu achteinhalb und Björn O. zu acht Jahren Haft.

Die Täter waren überzeugte Rechtsextremisten und gaben dies auch offen zu. Sie sagten gegenüber der Polizei aus, Mitglieder der neonazistischen Vereinigung „Hammerskins“ zu sein. Die Behörden gingen dem jedoch nie nach.

Was ist Sozialdarwinismus?

Sozialdarwinismus ist eine menschenverachtende Perspektive auf vermeintlich sozial Schwächere. Wohnungslose, Sozialhilfeempfänger:innen oder Menschen mit Behinderung gelten in einem sozialdarwinistischen Weltbild als „minderwertig“ und werden diffamiert – als Menschen ohne „Nutzen“ für die Gesellschaft, als Überflüssige. Sozialdarwinismus ist ein Kernelement des Rechtsextremismus.

Bei einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage von 2019, der sogenannten Mitte-Studie, wurde die Verbreitung von Sozialdarwinismus gemessen. Demnach stimmten der Aussage „Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“ 3 % der Befragten voll und ganz, 2,9 % überwiegend und 12,2 % teil/teils zu. 24,4 % der Befragten sprach sich für die offen diskriminierende Handlungsanweisung aus, Wohnungslose aus den Fußgängerzonen zu entfernen.

Dass die vier Neonazis Kurt Schneider als Reaktion auf den Gruß angriffen, ist ein Ausdruck ihres sozialdarwinistischen Weltbilds – sie sahen in ihm einen Menschen von geringerem Wert und empfanden den Gruß deshalb als Beleidigung. Obwohl diese politischen Beweggründe wie auch die Zugehörigkeit der Täter zur rechtsextremen Szene vor Gericht thematisiert wurden, erkannte das Gericht kein politisches Motiv. Die Tötung Kurt Schneiders wurde hingegen als Tat angesehen, die ausschließlich zur Verdeckung des Raubes begangen wurde.

Das Gedenken an Kurt Schneider

Aufgrund der mangelnden staatlichen Anerkennung als rechtsextremes Mordopfer gerieten Kurt Schneider und die grausame Tat in Vergessenheit. Erst mit der nachträglichen Anerkennung auf Grundlage der Studie der Technischen Universität Berlin 2018 (s. Seite 29) wurden Engagierte wieder auf den Mord aufmerksam.

Daraufhin organisierten zivilgesellschaftliche Gruppen im Jahr 2019 eine Gedenkveranstaltung anlässlich des 20. Todestags von Kurt Schneider. Seitdem finden jährlich Gedenkveranstaltungen statt.

Auf Druck der Gedenkinitiativen beschloss die Bezirksverordnetenversammlung Anfang 2021 die Anbringung einer Tafel in Gedenken an Kurt Schneider.

Am 21. Todestag brachten Personen eine provisorische Gedenktafel in der Nähe des Tatorts an. Sie wurde nach wenigen Tagen abgerissen. Die Gedenkinitiativen ließen aber nicht locker und machten Druck auf die Politik des Bezirkes. Daraufhin beschloss die Bezirksverordnetenversammlung Anfang 2021 die Anbringung einer offiziellen Tafel in Gedenken an Kurt Schneider.



Gedenkpublikation zu Kurt Schneider

Das Redaktionskollektiv „Aktives Gedenken in Lichtenberg“ hat im Jahr 2020 eine Publikation in Gedenken an Kurt Schneider herausgegeben. In der Publikation finden sich Hintergründe zur Tat, zur Gedenkarbeit sowie zur Entwicklung rechter Gewalt in Berlin-Lichtenberg.

Die Publikation ist online abrufbar unter: www.plattenkosmos.berlin/node/78

Kurt Schneider von Neonazis ermordet

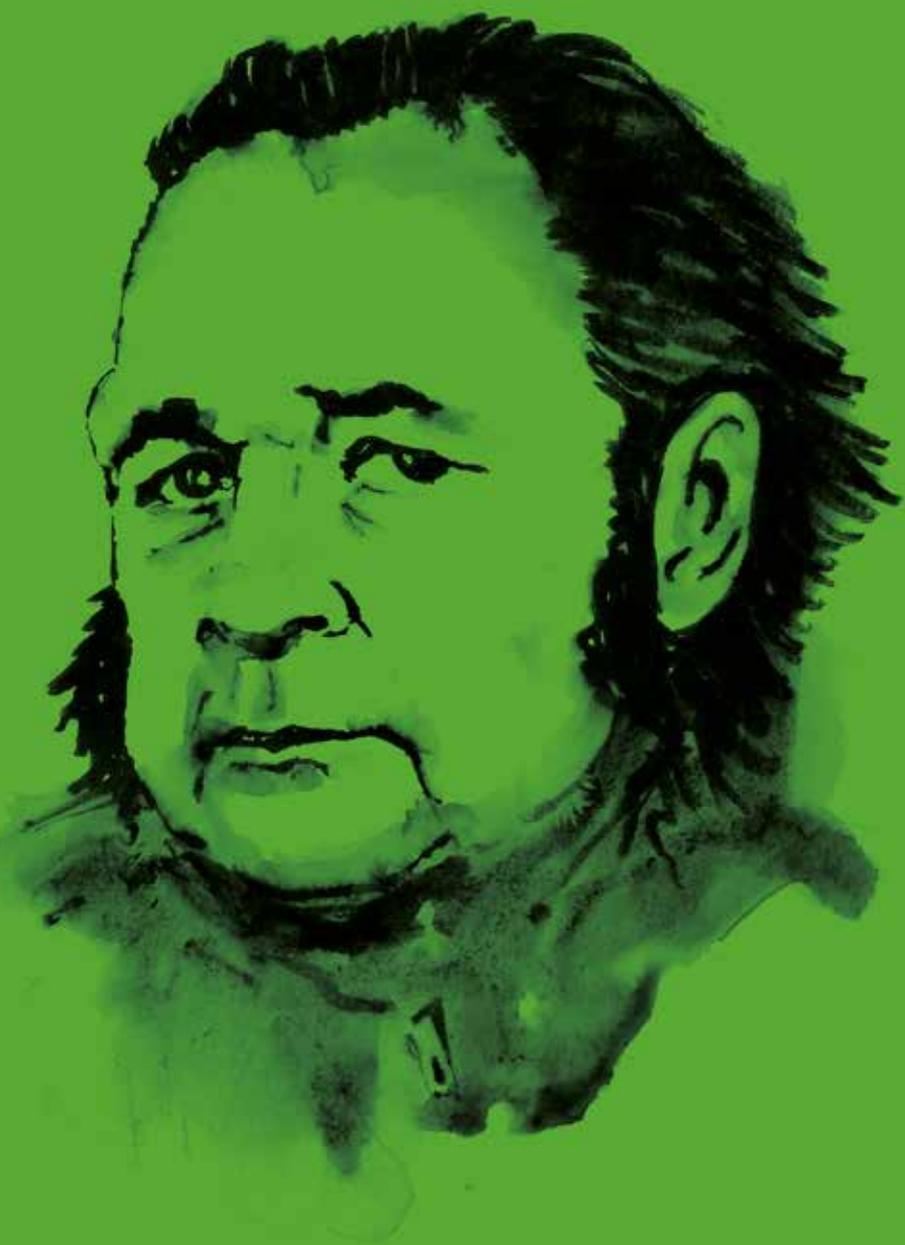
Am 06. Oktober gedenken wir Kurt Schneider, welcher in dieser Nacht vor 20 Jahren von einer Gruppe Neonazis ermordet wurde.

Wir trauern auch um alle anderen Opfer rechter Gewalt und wollen darauf aufmerksam machen, dass rechte Übergriffe oft nicht als solche anerkannt werden.

Doch wir lassen uns dadurch nicht lähmen, sondern sind nur entschlossener in unserem Auftreten gegen Nazis!

Flyer zur Gedenkkundgebung 2019.

Quelle: Niemand ist vergessen – Berlin



Dieter Eich

**Gestorben am 24. Mai 2000
im Alter von 60 Jahren**

Seine Freunde nannten ihn Beethoven. Initiativen halten die Erinnerung an ihn bis heute wach und streiten in seinem Namen für eine Welt, in der jedes Leben als wertvoll anerkannt ist.

Wer war Dieter Eich?

Über das Leben Dieter Eichs ist nur wenig bekannt. Er lebte im Ortsteil Buch in Berlin-Pankow. Seine Freunde gaben ihm den Spitznamen Beethoven.

Dieter Eich hatte eine Lebensgefährtin, seit Anfang des Jahres 2000 wohnten die beiden zusammen. Zu dieser Zeit war er auf Sozialhilfe angewiesen. Kurz vor der Tat starb die Lebensgefährtin Dieter Eichs. Das stürzte ihn in eine schwere Lebenskrise.

Der Tatablauf

Dieter Eich hielt sich in der Nacht zum 24. Mai 2000 in seiner Wohnung in Berlin-Pankow auf. Im selben Haus lebte seit kurzem ein junger Neonazi, der regelmäßig Partys mit anderen Rechtsextremen in seiner Wohnung feierte. An jenem Abend traf sich dieser mit drei Freunden an einem Imbiss in der Nähe des Hauses. Die vier Neonazis im Alter zwischen 17 und 21 Jahren kannten sich aus der rechtsextremen Kameradschaftsszene. Später gingen sie in die besagte Wohnung.

In der Wohnung betranken sich die vier Männer, hörten laut neonazistische Musik, heizten sich gegenseitig auf. Die Stimmung war aggressiv, wie später ausgesagt wurde. Die Neonazis beschlossen, jemanden „aufzuklatschen“. Einer der Täter schlug den „dreckigen Asozialen“ aus dem 9. Stock des Wohnhauses vor – damit täte man „etwas für das Volk“. Gemeint war Dieter Eich.

In ihrem Hass auf vermeintlich sozial Schwächere erschien den Neonazis der Sozialhilfeempfänger Dieter Eich als geeignetes Opfer. Einer der Täter kannte ihn bereits – wenige Tage zuvor hatte er Dieter Eichs Fernsehgerät aus dessen Wohnung gestohlen. Wegen des Diebstahls wussten die Neonazis, dass die Wohnung nicht verschlossen werden konnte.

Bewaffnet mit einem 15 cm langen Jagdmesser machten sie sich gegen 23 Uhr auf den Weg in Dieter Eichs Wohnung. Zwei der Männer warteten im Flur, die anderen beiden griffen den schlafenden Mann unvermittelt an. Sie traten mit Springerstiefeln auf ihn ein, fügten ihm schwere Platzwunden zu und brachen ihm mehrere Rippen. Die Angreifer kehrten zurück in die eigene Wohnung, berauschten sich an ihrer Tat und feierten weiter.

Die Neonazis beschlossen, jemanden „aufzuklatschen“. Einer der Täter kannte Dieter Eich bereits – wenige Tage zuvor hatte er dessen Fernsehgerät aus seiner Wohnung gestohlen. Wegen des Diebstahls wussten die Neonazis, dass die Wohnung nicht verschlossen werden konnte.

Irgendwann kam ihnen der Gedanke, Dieter Eich könnte sie erkannt haben. Daraufhin beschlossen sie, der „Asoziale da oben muss weg“. Sie entschieden sich, Dieter Eich zu ermorden. Wieder mit dem Messer bewaffnet gingen sie zurück in Dieter Eichs Wohnung. Dieser lag regungslos auf seinem Bett. Einer der Neonazis, René R., stach ihm mit dem Messer in die Brust. Dieter Eich starb an Ort und Stelle.

Im Anschluss an die grausame Tat feierten die Neonazis den Mord als heldenhaft. René R. prahlte am nächsten Tag damit, „seinen ersten Menschen abgestochen“ zu haben.

der Nacht vom 2. auf den 3. Mai dieses Jahres starb der 60-jährige Dieter E. in seiner Wohnung in Buch. Er wurde erst mit den Händen und Füßen traktiert, bis er bewusstlos war. Dann, zwei Wochen später, kehrten die Täter zurück und schlugen ihn ein weiteres Mal auf den Kopf. Einer von ihnen stach Dieter E. mit einem Messer ins Herz. Die mutmaßlichen Täter hatten gegenüber der Polizei zugegeben, der rechtsradikalen Szene anzugehören. Dieter E. habe „einen Assi aufzuklären wollen“, sagte einer beim Verhör.

Seit Dienstag stehen vier junge Männer wegen Mordes an Dieter E. vor dem Landgericht. Sie sind zwischen 17 und 21 Jahre alt. Nur einen Tag nach dem Urteil über die tödliche Hetzjagd auf einen Algerier im brandenburgischen Guben geht es damit vorwärts. Das Gericht erneuert um eine Gewalttat vor offenbar rechtsextremistischem Hintergrund. Demnach wurde Dieter E. in diesem Jahr der

Mord aus Außerordentlichem juristisch ahnden kann. Die Richter des Oberlandesgerichtes Sachsen-Anhalt hatten zum Beispiel den Mördern eines Mosambikanners mit dieser Argumentation niedrige Beweggründe unterstellt und sie deshalb zu hohen Haftstrafen verurteilt. Der Mosambikaner war in Dessau von drei Skinheads so zusammengeschlagen worden, dass er drei Tage später an den Verletzungen starb.

Ein Verteidiger der vier Berliner Angeklagten sagte zum Prozessauftakt, die vier seien nie richtig rechts gewesen. Die Ermittler haben aber andere Erkenntnisse. So sollen die Angeklagten Kameradschaftstreffen veranstaltet und Kontakte zu Neonazi Arnulf Priem unterhalten haben. Nachbarn hatten sich

klagt er gefragt. Er antwortete: „Nein, ja, weil er farbig war.“

Polizei und Staatsanwaltschaft sahen dennoch in dem Mord an E. keine politisch motivierte Tat. So

hatte die Öffentlichkeit erst drei Monate nach dem Tod von Dieter E. überhaupt etwas über die rechtliche Gesinnung der mutmaßlichen Täter erfahren. Ein Justizsprecher erklärte damals zur Begründung: Man könne nicht „über jeden Fall eine Presseerklärung abgeben“. Ein Polizeisprecher sagte von solchen Schlägern tue man „fast zu viel der Ehre an, wenn man



POLIZEI

Dieter E. wurde in seiner Wohnung getötet.

noch ein politisches Motiv unterstellt“.

In der Anklage findet sich kein Wort über die politische Haltung der Angeklagten. Staatsanwalt Ralph Knispel sagte, es könne

Quelle: Berliner Zeitung vom 15. November 2000

Ermittlungen und Prozess

Die Täter verabredeten sich nach der Tat bei einem stadtbekanntem Neonazikader, um sich über das weitere Vorgehen beraten zu lassen. Dieser empfahl, René R. solle den Mord auf sich nehmen, sollten sie gefasst werden. Für diesen Fall vermittelte er den vier Tätern einen rechtsextremen Szeneanwalt.

Polizeibeamte:innen verhafteten die vier Täter wenige Tage nach der Tat. Obwohl diese am Tatabend ein drittes Mal in die Wohnung Dieter Eichs gegangen waren, um Spuren zu verwischen, führten Blutspuren die Beamte:innen zu den Neonazis.

In der Untersuchungshaft übten Rechtsextreme Druck auf René R. aus, die Tat auf sich zu nehmen. Die anderen drei Täter wurden als wichtiger für die rechtsextreme Szene erachtet und sollten so davonkommen. René R. widerrief seine hieraus resultierende Falschaussage jedoch wieder, weshalb es am 2. März 2001 zu einer Verurteilung aller vier Täter vor dem Landgericht Berlin kam: Sie erhielten Haftstrafen zwischen fünf und acht Jahren nach Jugendstrafrecht sowie zu elf Jahren und sechs Monaten nach Erwachsenenstrafrecht.

Dieter Eich wurde von den Tätern als Opfer ausgewählt, „weil er in ihren Augen keinen Nutzen für die Gesellschaft erbrachte“.

Aus dem Urteil des Landesgerichts Berlin

Der rechtsextreme, sozialdarwinistische Charakter der Tat wurde vor Gericht thematisiert. Im Urteil hieß es, Dieter Eich wurde von den Tätern als Opfer ausgewählt, „weil er in ihren Augen keinen Nutzen für die Gesellschaft erbrachte“. Der Richter sagte, der „Entschluss, einen wehrlosen und hilflosen Menschen zu misshandeln, ist auf dieser Gesinnung gewachsen“. Trotzdem unterschied das Gericht zwischen der Tatumotivation des Angriffs auf Dieter Eich und seiner Ermordung. Für den Mord erkannte das Gericht kein politisches Motiv an, sondern sah die Verdeckung der Körperverletzung als alleinigen Beweggrund – obwohl die Neonazis deutlich machten, dass sie das Leben Dieter Eichs aufgrund ihres menschenverachtenden Weltbilds als wertlos betrachteten und die Tat so für sich selbst legitimierten.

Das Gedenken an Dieter Eich

Der Mord an Dieter Eich ging in der Öffentlichkeit zunächst unter, bis die Gedenkinitiative „Niemand ist vergessen“ im Jahr 2007 auf die Tat aufmerksam machte. Seitdem organisieren die Engagierten jährlich eine Gedenkdemonstration oder -kundgebung und fordern die Anbringung einer Gedenktafel. Bei den Gedenkaktionen thematisieren die Initiativen neben der Ermordung Dieter Eichs und der Aufarbeitung der Tat auch die Situation sozial Benachteiligter sowie Sozialdarwinismus und soziale Ausgrenzung allgemein.

Die Gedenkkampagne „Niemand ist vergessen“

Vertreter:innen verschiedener Berliner Gedenkinitiativen haben sich zusammengeschlossen, um das Projekt einer gemeinsamen Website zu realisieren. Auf der Homepage der Kampagne werden Hintergründe zu den Berliner Todesopfern rechter und menschenverachtender Gewalt versammelt. Außerdem dokumentiert das Projekt die unterschiedlichen Gedenkaktionen und informiert über anstehende Termine.

Die Website ist abrufbar unter:

<http://berlin.niemandistvergessen.net/>



*Gedenken zum 21. Todestag von Dieter Eich in Berliner Ortsteil Buch.
Foto: Presseservice Rathenow*

Im Jahr 2010 legten Engagierte einen Kranz vor dem Wohnhaus nieder, in dem Dieter Eich ermordet worden war. 2011 veröffentlichte die Gedenkinitiative einen Kurzfilm, in dem der Mord und die Hintergründe beleuchtet wurden. Für 2020 war anlässlich des 20. Todestags von Dieter Eich eine große Gedenkveranstaltung geplant, die wegen der Corona-Beschränkungen nicht stattfinden konnte. Deshalb initiierte die Gruppe die „Aktionswochen zum Gedenken an Dieter Eich“, bei denen Künstler:innen und Aktivist:innen dezentrale kreative Gedenkaktionen umsetzten.



Ingo Binsch

**Gestorben am 5. November 2001
im Alter von 36 Jahren**

Er hatte gerade eine Lebensgefährtin gefunden, als sein Leben auf grausame Art und Weise beendet wurde. Ingo Binsch starb, weil Gewalt die Sprache ist, die Neonazis sprechen.

Wer war Ingo Binsch?

Über das Leben von Ingo Binsch ist leider fast nichts bekannt. Er wurde 1965 in Altlandsberg geboren – einer brandenburgischen Kleinstadt nah an Berlin. Kurze Zeit vor seinem Tod lernte er seine damalige Lebensgefährtin kennen. Sie lebten gemeinsam im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf.

Der Tatablauf

Ingo Binsch hielt sich am Abend des 5. November 2001 gemeinsam mit seiner Partnerin und deren Tochter in einer Wohnung in Marzahn-Hellersdorf auf. Seine Lebensgefährtin hatte noch zwei weitere Söhne im Alter von 22 und 24 Jahren. Die beiden Söhne waren überzeugte Neonazis. Gemeinsam mit einem Freund hielten sie sich am Abend der Tat in einer Kneipe auf und tranken dort Alkohol. Die drei sprachen über Ingo Binsch und den Stiefvater der beiden Halbbrüder.



Ingo Binsch auf einem Transparent in Gedenken an Todesopfer rechter Gewalt.

Foto: Kilian Behrens/apabiz

Dieser hatte vor kurzem Suizid begangen. Einer der beiden Brüder behauptete, Ingo Binsch würde ihm 40 DM schulden und wäre gewalttätig gegenüber seiner Mutter gewesen. Daraufhin beschlossen die drei Neonazis, Ingo Binsch zur Rede zu stellen und das Geld einzutreiben.

Sie gingen zu der Wohnung und trafen dort gegen 21:30 Uhr ein. Im Treppenhaus forderte einer der Täter die anderen beiden auf sich so zu verstecken, dass man sie von der Wohnungstür aus nicht sehen könne. Die Lebensgefährtin Ingo Binschs öffnete die Tür, und die drei Neonazis traten ohne eine Begrüßung ein. Sie gingen sofort zu Ingo Binsch, der im Wohnzimmer saß. Die beiden Brüder machten ihm lautstarke Vorwürfe. Als er nicht darauf reagierte, begannen sie, ihn anzugreifen. Sie steigerten sich in einen Gewaltexzess. Während einer der Täter Ingo Binsch festhielt, schlug ein anderer auf ihn ein. Die Angreifer versetzten ihm mehrere Schläge in die Nierengegend und ließen erst von ihm ab, als die Lebensgefährtin Ingo Binschs damit drohte, die Polizei zu rufen. Die drei Angreifer flohen daraufhin aus der Wohnung und gingen zurück in die Kneipe, aus der sie gekommen waren.

„Infolge des tödlichen Stresses, den die Angeklagten mit ihrem Angriff auf Ingo Binsch auslösten, erlitt das Opfer einen tödlichen Herzinfarkt.“

Aus dem Gerichtsurteil

Ingo Binsch klagte nach der Attacke über starke Schmerzen und Übelkeit. Seine Lebensgefährtin rief den Notarzt, der kurze Zeit später eintraf. Die Sanitäter stellten einen Herz-Kreislauf-Stillstand fest. Nachdem eine Wiederbelebung erfolglos blieb, wurde um 23:30 Uhr Ingo Binschs Tod festgestellt. Im Gerichtsurteil hieß es dazu: „Infolge des tödlichen Stresses, den die Angeklagten mit ihrem Angriff auf Ingo Binsch auslösten, erlitt das Opfer einen tödlichen Herzinfarkt.“

Ermittlungen und Prozess

Die drei Täter wurden am 15. Mai 2002 vor dem Landgericht Berlin wegen Körperverletzung mit Todesfolge in Tateinheit mit versuchter Nötigung verurteilt – zu Haftstrafen zwischen dreieinhalb und sechseinhalb Jahren. Der rechtsextreme Hintergrund der Täter wurde zwar vor Gericht thematisiert, es wurde jedoch kein Bezug zum Mord an Ingo Binsch hergestellt. Ein politisches Motiv wurde nicht erkannt.

In der rechtsextremen Szene lernten die Täter, dass Gewalt, schwere Gewalt, ein geeignetes Mittel ist.

Alle drei Täter waren zuvor schon durch Gewalthandlungen aufgefallen, die aus rechtsextremen Gruppen heraus begangen wurden. Dabei gingen die Angeklagten mit ähnlicher Brutalität vor wie bei dem Angriff auf Ingo Binsch. In der rechtsextremen Szene lernten die Täter, dass Gewalt, schwere Gewalt, ein geeignetes Mittel ist. Fortwährend praktizierten sie Gruppengewalt gegenüber Menschen, die ihnen schwächer erschienen.

Auch wenn menschenfeindliche Einstellungen die Täter nicht direkt zum Angriff auf Ingo Binsch motivierten, so war doch das in der rechtsextremen Szene erlernte Verhältnis zu Gewalt ursächlich für ihr Handeln. Man spricht hierbei von einer rechtsextremen Gewalthabitualisierung.

Rechtsextreme Gewalthabitualisierung – eine Leerstelle in der staatlichen Erfassung

Rechtsextreme wollen ihre menschenfeindlichen und antidemokratischen Ziele mit Gewalt durchsetzen. Deshalb ist Gewalt ein anerkanntes Mittel in der rechtsextremen Szene, das geachtet und ausdrücklich gefordert wird. Man spricht von rechtsextremer Gewalthabitualisierung, wenn Menschen aufgrund ihrer tiefen Verwurzelung in der rechtsextremen Szene Gewalt als normales Verhalten betrachten. Gewalt wurde dann im Rechtsextremismus erlernt, verinnerlicht und zum festen Bestandteil der Interaktion.

Gewalttaten, bei denen eine rechtsextreme Gewalthabitualisierung auslösend war, werden von den Ermittlungsbehörden nicht als rechte Gewalttaten erfasst. Das Forschungsteam der Technischen Universität Berlin schlägt deshalb im Rahmen ihrer Untersuchung rechter Tötungsdelikte eine Erweiterung des Erfassungssystems um diesen Aspekt vor.

Das Gedenken an Ingo Binsch

Ingo Binsch wurde erst im Jahr 2018 auf Grundlage der Studie der Technischen Universität Berlin (s. Seite 29) offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt. Bis dahin war die Tat weitestgehend in Vergessenheit geraten. Leider wurde seitdem noch keine aktive Gedenkarbeit in Erinnerung an Ingo Binsch geleistet.



Burak Bektaş

Verdachtsfall

Gestorben am 5. April 2012

im Alter von 22 Jahren

„Burak war in der Familie ein ganz beliebter Junge. Er war unser erstes Kind. Er war ein sehr glücklicher und beliebter und sehr fröhlicher Junge.“

Melek Bektaş über ihren Sohn Burak Bektaş

Wer war Burak Bektaş?

Burak Bektaş wurde 1990 in Berlin geboren. Er war das erste Kind der Familie, der Sohn von Melek und Ahmet Bektaş. Seine Eltern sind beide in der Türkei geboren, kamen in den 1980er Jahren nach Deutschland und lernten sich in Berlin kennen. 1992 kam Burak Bektaş Bruder Fatih zur Welt, 2002 seine Schwester Melike. Burak Bektaş liebte es, seine kleine Schwester im Kinderwagen zu schieben, und hatte eine enge Beziehung zu seinen Geschwistern, er war ein Familienmensch.

„Er war einfach ein glücklicher Junge.“

Die Mutter Melek Bektaş über ihren Sohn

Seit seiner Geburt lebte er in Berlin-Neukölln, zog jedoch mit der Familie mehrmals innerhalb des Bezirks um. Seine Angehörigen erinnern sich an die glückliche Kindheit Burak Bektaş, daran, dass er ein fröhlicher Junge mit einem großen Herzen war.



Foto: Privat

Nach der Grundschule ging Burak Bektaş auf eine Gesamtschule in der Rütlistraße in Berlin-Neukölln. Nachdem er die Schule abgeschlossen hatte, arbeitete er zunächst als Pizzakurier. 2010 begann er eine Ausbildung zum Automobilkaufmann. Autos waren seine große Leidenschaft – schon als Kind hatte er seiner Mutter die verschiedenen

Automarken erklärt.

Burak Bektaş war ein Mensch, dem seine Familie und Freund:innen sehr wichtig waren. Wenn er seine Freizeit nicht mit ihnen verbrachte, dann mit seinen Hobbys – Fitness und Kampfsport.

Melek Bektaş denkt häufig an ihren Sohn, an sein fröhliches Wesen: „Er war einfach ein glücklicher Junge.“

Der Tatablauf

Burak Bektaş bummelte in der Nacht vom 4. auf den 5. April 2012 nach seinem Training durch Berlin-Neukölln. In der Nähe eines Krankenhauses im Ortsteil Rudow traf er zufällig vier Freunde. Die Jugendlichen – alle hatten Migrationsgeschichten in ihrer Familie – blieben stehen und unterhielten sich. Plötzlich tauchte ein unbekannter weißer Mann auf, der unvermittelt auf die Gruppe Jugendlicher zuing. Weder Burak Bektaş noch seine Freunde hatten den Mann jemals zuvor gesehen, wie später ausgesagt wurde.

Der Mann feuerte ohne jede Vorwarnung mehrere Schüsse auf Burak Bektaş und seine Freunde ab. Dabei schoss er nicht gezielt auf eine der Personen, sondern wahllos in die Menge. Anschließend entfernte sich der Täter langsam vom Tatort.

Burak Bektaş und zwei seiner Freunde kamen sofort ins Krankenhaus. Die beiden Freunde waren lebensgefährlich verletzt, konnten jedoch gerettet werden. Für Burak Bektaş kam die Hilfe zu spät. Er starb im Krankenhaus.

Verdachtsfälle

Nicht nur bei Gewalttaten, auch bei Tötungsdelikten werden die rechten, menschenverachtenden Tatmotive von den Ermittlungsbehörden häufig nicht erkannt. Das zeigt sich an der anhaltenden Differenz zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Zahlen zu rechten Morden. In manchen Fällen liegen so wenig Informationen vor, dass es auch nach einer eingehenden Prüfung durch zivilgesellschaftliche oder journalistische Akteur:innen nicht möglich ist, die Tatmotivation abschließend festzustellen. Die Amadeu Antonio Stiftung führt Fälle, bei denen ein menschenverachtender Hintergrund durchaus möglich, aber nicht sicher ist, als Verdachtsfälle. Gegenwärtig zählt sie 13 Verdachtsfälle – darunter fallen auch die Morde an Burak Bektaş und Luke Holland.

Ermittlungen und Prozess

Die Betroffenen konnten den Angreifer kaum erkennen, ihn lediglich als einen 40 bis 50 Jahre alten weißen Mann identifizieren. Die Polizei nahm die Ermittlungen gleich nach der Tat auf, konnte den Täter jedoch bis heute nicht fassen. Sie zog auch ein rassistisches Tatmotiv in Betracht, fand nach eigenen Aussagen jedoch keine konkreten Hinweise dafür.

Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş

Nach der Ermordung von Burak Bektaş hat sich eine Initiative gegründet, die für die Aufklärung des Verbrechens kämpft. Sie versteht sich selbst als eine Plattform, auf der sowohl die Familie Bektaş und seine Freund:innen zusammenkommen als auch Aktivist:innen, Künstler:innen und Personen aus der Neuköllner Nachbarschaft. Gemeinsam diskutieren sie, wie ein würdiges Gedenken aussehen kann und wie sich der Forderung nach einer umfassenden Aufklärung Nachdruck verleihen lässt.

Mehr Infos zur Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş finden sich unter: <https://burak.blackblogs.org/>

Die „Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş“ hält ein rassistisches Tatmotiv für wahrscheinlicher als die These eines verwirrten Einzeltäters, die die Polizei in alle Richtungen ermitteln ließ. So ist der unvermittelte Angriff einer unbekanntenen Person auf „migrantische“ Personen ein üblicher Tathergang bei rechter Gewalt. Auch zeigt der Mord einige Parallelen zu den Taten des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“, der sich nur wenige Monate vor dem Mord an Burak Bektaş selbst enttarnt hatte – bspw. die scheinbar wahllose Wahl der Opfer oder das Ausbleiben eines Bekennerschreibens. Die Anwälte der Familie Bektaş bezeichneten die behördlichen Ermittlungen in Richtung eines rassistischen Tatmotivs nach Aktenlage öffentlich mehrfach als unzureichend.

Im Jahr 2013 ging ein Hinweis bei der Polizei ein, dass der in Berlin-Neukölln lebende Rolf Z. möglicherweise mit dem Mord an Burak Bektaş in Verbindung stehen könnte. Dem Hinweisgeber zufolge sei der Verdächtige mehrfach in den Neuköllner Ortsteil Rudow gefahren, um in der Gegend um das Krankenhaus „rumzubalieren“. Obwohl die Polizei in der Vergangenheit bereits Munition bei Rolf Z. gefunden hatte, wurde er nicht zur Vernehmung vorgeladen.

Die Anwälte der Familie Bektaş bezeichneten die behördlichen Ermittlungen in Richtung eines rassistischen Tatmotivs nach Aktenlage öffentlich mehrfach als unzureichend.

*Kundgebung
anlässlich des
vierten Todestags
von Burak Bektaş
im Jahr 2016.*

Foto: Chris Grabert

Am 20. September 2015 wurde Luke Holland von Rolf Z. auf offener Straße erschossen (s. Seite 107). Die Polizei fand diverse Waffen in der Wohnung des 63-jährigen Z., außerdem NS-Devotionalien und eine Fahne der rechtsextremen Band Landser. Obwohl sich die Tatverläufe ähnelten, stellten die Ermittlungsbehörden keinen Zusammenhang zwischen den beiden Morden fest.



Das Gedenken an Burak Bektaş

Acht Tage nach der grausamen Ermordung Burak Bektaş fand seine Beisetzung auf einem Friedhof in Berlin statt. Zu der Beerdigung kamen 2.000 Menschen. Auf dem Grabstein sind auf Türkisch die Worte von Buraks Bektaş Mutter zu lesen: „Dein Schmerz ist in unserer Seele, deine Liebe wird stets in unserem Herzen sein. So gütig wie dein Herz, so gütig soll auch deine Erde sein. Möge deine Seele im Himmel ruhen, mein Sohn“.



Veranstaltung in Gedenken an Burak Bektaş im Jahr 2020.

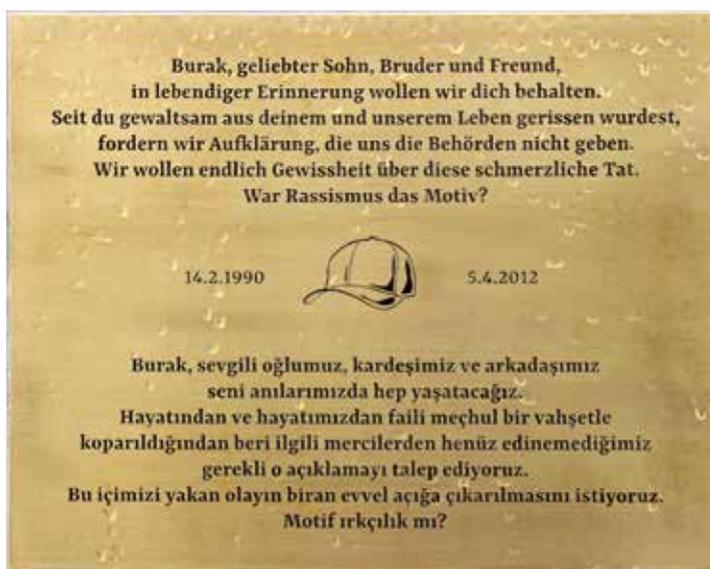
Foto: Frank Metzger/apabiz

Der Mord schafft bis heute eine große Verunsicherung in von Rassismus betroffenen Communitys. Nicht nur deshalb kämpft die Familie Bektaş seit der Tat für eine umfassende Aufklärung der Geschehnisse und für ein würdiges Erinnern an Burak Bektaş. Dabei wird sie von der „Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş“ unterstützt. Gemeinsam setzten sie sich erfolgreich für einen Gedenkort in der Nähe des Tatorts ein. Nachdem 2018 eine Gedenktafel aufgestellt worden war, konnte im gleichen Jahr schließlich eine durch Spendengelder finanzierte Skulptur eingeweiht

werden. Die zwei Meter hohe, abstrakte Bronzearbeit trägt den Namen „Algorithmus für Burak und ähnliche Fälle“; sie soll Gedenkort sein und gleichzeitig daran erinnern, dass der Mord noch immer nicht aufgeklärt ist. Die Skulptur „steht für all den Schmerz, die Trauer und die Wut, welche seine Angehörigen seit dem Mord begleiten“, sagt die Initiative. Wenige Wochen nach der Enthüllung wurde die Skulptur von Unbekannten mit Chemikalien beschädigt. 2021 wurde sie erneut mit Farbe übergossen.

Die Initiative organisiert regelmäßig Mahnwachen am Tatort, Demonstrationen und Kundgebungen. Dabei werden stets auch andere rechtsextreme und rassistische Taten in Berlin und Neukölln thematisiert.

Das rote Basecap, das Burak Bektaş auf so vielen Fotos trägt, ist inzwischen zu einem Symbol geworden. Es ziert Plakate und Flyer und ist untrennbar mit der Forderung nach umfassender Aufklärung und einem würdigen Gedenken verbunden.



Gedenktafel in Erinnerung an Burak Bektaş.

Foto: OTFW



Luke Holland

Verdachtsfall

Gestorben am 20. September 2015

im Alter von 31 Jahren

„He was, and should still be, intelligent, funny, hard-working, helpful and caring. I did not know how caring, and loved, until over 300 people attended his funeral, the majority I did not know.“

„Er war intelligent, lustig, hart arbeitend, hilfsbereit und fürsorglich, und sollte das noch immer sein. Ich wusste nicht, wie fürsorglich und geliebt er war, bis ich sah, das über 300 Menschen an seiner Beerdigung teilnahmen. Die meisten kannte ich nicht.“

Phil Holland zum Ende des Gerichtsprozesses
über seinen Sohn Luke Holland*

Wer war Luke Holland?

Luke Holland wurde 1984 geboren. Er wuchs in der Stadt Manchester im Nordwesten Englands auf. Nach der Schule studierte er Jura – unter anderem an der renommierten University of Oxford.

Sein Traum war es, nach dem Studium Unternehmen bei der Gründung zu helfen. Luke Holland entschied sich, dieses Ziel in Deutschland zu verfolgen. Im Jahr 2014 zog er nach Berlin.

In der Unternehmensberatung war er sehr erfolgreich, er half mehreren Start-up-Firmen bei der Gründung. Seiner Mutter erzählte er davon, wie stolz ihn seine Arbeit machte: „Mum, all diese Leute, diese Erfinder, kommen zu mir, um mir ihre neuen Ideen zu zeigen. Sie halten sie mir hin, um sie mir zu zeigen, als würden sie mir ihre neugeborenen Babys zeigen. Es ist solch eine Ehre, Mum!“

Luke Holland liebte seine neue Heimat Berlin. In den vielen Telefonaten mit seinen Eltern versicherte er ihnen immer wieder, dass die Stadt sicher sei.



Foto: Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş

Der Tatablauf

Luke Holland hielt sich in der Nacht auf den 20. September 2015 in der inzwischen geschlossenen Bar „Del Rex“ in Berlin-Neukölln auf. Die Bar war früher vor allem von „Rockern“ besucht worden, seit einem Wechsel des Besitzers hielten sich vermehrt internationale Studierende dort auf.

Luke Hollands Traum war es, nach dem Studium Unternehmen bei der Gründung zu helfen. Er entschied sich, dieses Ziel in Deutschland zu verfolgen.

In jener Nacht war auch der 63-jährige Täter, Rolf Z., in der Bar anwesend. Es war seine Stammkneipe. Zeug:innen zufolge beschwerte er sich an diesem Abend darüber, dass sich die Bar so stark verändert habe und kaum noch deutsch gesprochen werde. Er äußerte sich außerdem abfällig gegenüber Homosexuellen. Der Täter verließ die Bar zwischenzeitlich und ging in seine Wohnung, um dort die Tatwaffe zu holen – eine Schrotflinte.

Luke Holland trat am Morgen vor die Tür, um ein Telefonat zu führen. Er gratulierte einem Freund auf Englisch zum Geburtstag. Plötzlich kam der Täter auf ihn zu. Rolf Z. zückte seine Waffe und erschoss Luke Holland kaltblütig und ohne jede Vorwarnung aus nächster Nähe. Beide hatten nie ein Wort miteinander gewechselt. Luke Holland starb noch am Tatort.

Ermittlungen und Prozess

Der Angreifer wurde von mehreren Zeug:innen gesehen. Er floh vom Tatort, konnte jedoch am Abend von der Polizei festgenommen werden. Am 11. Juli 2016 wurde Rolf Z. wegen Mordes zu elf Jahren und sieben Monaten Haft verurteilt. Vor Gericht schwieg er beharrlich und machte keine Aussagen zu seinem Motiv.

Der Richter betonte, dass der Mord heimtückisch verübt worden war. „Das Motiv aber konnten wir nicht sicher feststellen“, sagte er. Bei einer Durchsuchung der Wohnung des Täters fanden die Beamt:innen neben Waffen und Munition auch NS-Devotionalien und eine Fahne der rechtsextremen Band Landser. Zeug:innen aus seinem Umfeld sagten außerdem aus, der Täter habe sich mehrfach rassistisch geäußert und Sympathien zur rechtsextremen NPD bekundet.



Luke Hollands Eltern betonten während des Gerichtsprozesses, dass sie von einem rassistischen Motiv überzeugt sind. Ihrer Meinung nach starb ihr Sohn, weil er englisch sprach. „Wir sind enttäuscht“, sagte Luke Hollands Vater nach der Urteilsverkündung. Man könne auch „Rassist sein, ohne Nazi zu sein“.

Auch die Freund:innen Luke Hollands, die Anwälte der Familie sowie die „Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş“ kritisieren bis heute scharf, dass das Gericht keine extrem rechte Motivation erkannte.

Wandplakat für die ermordeten Burak Bektaş und Luke Holland in Berlin-Kreuzberg im März 2016.
Foto: Frank Metzger/apabiz

Betroffene sind nicht allein. Solidarische Unterstützung durch Beratungsstellen

Rechte Gewalt ist für viele Menschen trauriger Alltag. Im Jahr 2020 fanden allein in Berlin mindestens 357 Angriffe aus menschenverachtenden Motiven statt, dabei wurden fast 500 Personen verletzt oder massiv bedroht. Betroffene sind jedoch nicht allein. Es gibt ein großes Netzwerk an Unterstützer:innen, die sich solidarisch an die Seite der Betroffenen stellen.

In jedem Bundesland gibt es Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt. Diese beraten nach einem Angriff zu rechtlichen, psychosozialen und gesundheitlichen Fragen, begleiten Betroffene zu Behörden und Gerichtsterminen und bieten emotionale Unterstützung.

Eine Liste aller spezialisierten Beratungsstellen findet sich unter:
<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/opferfonds-cura/opferberatungsstellen/>

Rolf Z. war bereits im Jahr 2013 als Tatverdächtiger im Mord an Burak Bektaş (s. Seite 101) benannt, jedoch nie von der Polizei vorgeladen worden. Auch nach seiner Verurteilung stellten die Ermittlungsbehörden keinen Zusammenhang zwischen den beiden Morden fest, deren Tatverläufe sich sehr stark ähneln.

Das Gedenken an Luke Holland

Die Ermordung Luke Hollands war ein Schock für seine Familie und Freund:innen. Zum Ende des Prozesses las Rita Holland, Luke Hollands Mutter, Dutzende von Beileidsbekundungen vor, die Freund:innen und Arbeitskolleg:innen verfasst hatten. Sie alle beschrieben Luke Holland als freundlichen und herzlichen Menschen, seinen Tod als unfassbaren Verlust. Rita Holland konnte diesen Verlust nicht ertragen. Sie nahm sich am 21. Oktober 2019 das Leben.



Gedenken am 20. September 2018 für den ermordeten Luke Holland am Tatort in Berlin-Neukölln.

Foto: Paul Hanewacker

Zum Prozessende las Luke Hollands Mutter Dutzende von Beileidsbekundungen von Freund:innen und Arbeitskolleg:innen vor.

Die „Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş“ organisiert regelmäßig Gedenkveranstaltungen, Mahnwachen und Kranzniederlegungen am Jahrestag der Ermordung Luke Hollands und hält die Erinnerung an ihn wach.

* Phil Hollands Statement zum Ende des Prozesses findet sich unter: <http://burak.blog-sport.de/aufruf/2016-08-20-closing-statement-der-eltern-von-luke-holland-zum-prozessende-am-11-07-2016/>



Jim Reeves

**Gestorben am 1. Februar 2016
im Alter von 47 Jahren**

„Jim hat jeden Raum erleuchtet und Herzen etwas schneller schlagen lassen.“

Rebecca Siemoneit-Barum über ihren Freund Jim Reeves

Wer war Jim Reeves?

Jim Reeves wurde 1968 als Jim Nyasani in Köln geboren. Sein Vater stammte aus Kenia, studierte und forschte für seine Arbeit als Philosophie-Professor in vielen Ländern der Welt. Bei einer Tätigkeit für den Auslandsrundfunk „Deutsche Welle“ lernte er Jim Reeves' Mutter kennen, eine Krankenschwester aus Tansania. Die beiden zogen nach Deutschland, wo sie Kinder bekamen. Jim Reeves war das zweite von vier Geschwistern. Seine Schwester Terry Reeves beschreibt ihn als ein ruhiges Kind, das nicht viel sprach, aber immer irgendwelche Aktionen machen wollte: „Jim hatte immer Flausen im Kopf.“

Jim Reeves arbeitete in seinem Leben als Musiker, Schauspieler, Model, Musikproduzent und Moderator. „Mein Bruder war mit Leib und Seele Künstler“, sagt seine Schwester. Sein Bühnentalent wurde 1984 entdeckt – bei einem Wettbewerb für eine bundesweite Werbekampagne des Unternehmens C&A. Anschließend modelte Jim Reeves für verschiedene Firmen.

Die Band „4 Reeves“ im Jahr 1992.

Foto: IMAGO/United Archives



Anfang der 1990er Jahre startete Jim Reeves seine Musikkarriere. Gemeinsam mit seinen drei Geschwistern gründete er die Band „4 Reeves“. Als Musiker:innen tourten sie mehrere Jahre durch Deutschland. Währenddessen begann Jim Reeves eine Ausbildung zum Musikdarsteller an der Stage School of Dance in Hamburg. In seiner Ausbildungszeit spielte er – neben seiner Tätigkeit als Musiker – in verschiedenen TV- und Kinoproduktionen mit.

1995 gründete Jim Reeves die Eurodance-Band „Squeezer“. Mit ihrem erfolgreichsten Lied „Without You“ schaffte sie es 1998 auf Platz zehn der deutschen Charts. Insgesamt verkaufte „Squeezer“ bis heute über fünf Millionen Tonträger.

„Jim hatte immer Flausen im Kopf.“
Terry Reeves über ihren Bruder Jim Reeves

Jim Reeves ging seiner Leidenschaft als Musiker auch neben seiner Bandkarriere nach. Er startete eine Solokarriere und gründete 2009, nach der Auflösung der Band, eine eigene Produktionsfirma. Mit ihr leitete Jim Reeves ein Tonstudio und produzierte Musik für andere Künstler:innen.

Der Tatablauf

Jim Reeves bewohnte Ende Januar 2016 für einige Tage ein Hostel in Berlin-Charlottenburg. In der Nacht auf den 1. Februar teilte er sich ein Sechsbettzimmer der Unterkunft mit zwei weiteren Gästen – zwei Männern im Alter von 23 und 30 Jahren.

Was ist Homo- und Trans*-Feindlichkeit?

Homo- und Trans*-Feindlichkeit meint die ablehnende bzw. feindliche Haltung gegenüber Menschen, die in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften leben oder nicht den hegemonialen Geschlechternormen entsprechen. Menschen mit homo- und trans*-feindlichen Einstellungen glauben, dass alle Menschen heterosexuell sein und eine eindeutige Geschlechtsidentität haben sollten. Personen, die schwul oder lesbisch sind, eine andere sexuelle Orientierung haben oder sich nicht (mehr) mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen bei der Geburt zugeschrieben wurde, stellen dieses Bild einer Geschlechterordnung in Frage. Das führt zu Abwehrkämpfen, die mit Beleidigungen, Erniedrigungen, Ausgrenzung und im schlimmsten Fall Gewalt einhergehen.

Bei einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage von 2019, der sogenannten Mitte-Studie, wurde die Verbreitung von Homo- und Trans*-Feindlichkeit gemessen. Demnach stimmten 14,8 % der Befragten der Aussage zu, dass es „ekelhaft ist, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen“. Sogar 20 % der Befragten sind der Meinung, dass Trans*-Personen nicht auffallen sollten.

Im Gerichtsurteil heißt es, Jim Reeves hätte den beiden Männern ein „sexuelles Kontaktangebot“ gemacht. Daraufhin verprügelten und misshandelten die beiden Täter Jim Reeves in dem geteilten Zimmer auf brutalste Art und Weise. Die Täter steigerten sich in einen abscheulichen Gewaltrausch, in dessen Folge sie Jim Reeves mit einem Stuhlbein vergewaltigten und ihm mehrere Rippen brachen. Jim Reeves starb im Zimmer des Hostels an den inneren Verletzungen, die er durch die Misshandlungen davongetragen hatte. Er wurde am nächsten Tag von einem Gast des Hostels gefunden.

Ermittlungen und Prozess

Die beiden Männer flohen nach der Tat. Einer der Angreifer wurde wenig später in Polen aufgegriffen, dem Heimatland der Täter. Der zweite Angreifer setzte sich nach Spanien ab und wurde erst ein Jahr später gefasst.

Im November 2018 wurden die beiden Täter vor dem Landgericht Berlin wegen Totschlags in besonders schwerem Fall zu Haftstrafen von 13 und 14 Jahren verurteilt. Der zuständige Richter sprach davon, dass Jim Reeves „in einer degradierenden, homophobe Gefühle ausdrückenden Art“ gepöbele worden sei. Die Art der Misshandlung weise „auf eine sexuelle Orientierung hin, indem homosexuelle Praktiken unter Männern nachgeahmt werden in fürchterlicher Art und Weise“. Auch die Staatsanwaltschaft benannte den Hass der Täter auf Homosexuelle als Tatmotiv.

„Wir wollen eine Verurteilung wegen Mordes, wir sehen niedere Beweggründe. Es ist eine abscheuliche Tat. Die homophobe Gesinnung hinter der abscheulichen Tat wurde nicht aufgeklärt.“

Ein Anwalt der Familie Reeves

Trotzdem sah der Richter Homofeindlichkeit nicht als Hauptmotiv an, sondern die Wut der Täter auf die „sexuellen Avancen“ Jim Reeves'. Vor dem Hintergrund, dass Männer mit homofeindlichen Einstellungen sich durch Flirtversuche anderer Männer in ihrer Männlichkeit bedroht fühlen und deshalb mit Gewalt darauf reagieren, ist diese Unterscheidung nicht schlüssig. Statt das menschenverachtende Tatmotiv zu benennen, wurde die Tat somit vom Gericht rationalisiert.

Der Richter sah damit auch das von der Staatsanwaltschaft benannte Tatmerkmal des „niedrigen Beweggrundes“ nicht gegeben. Die beiden Täter wurden deshalb nicht wegen Mordes, sondern wegen besonders schweren Totschlags verurteilt.

Dieses Urteil sorgte bei den Angehörigen Jim Reeves für Unverständnis. Ein Anwalt der Familie Reeves äußerte sich nach dem Urteil gegenüber der Presse: „Wir wollen eine Verurteilung wegen Mordes, wir sehen niedere Beweggründe. Es ist eine abscheuliche Tat. Die homophobe Gesinnung hinter der abscheulichen Tat wurde nicht aufgeklärt.“

Die Familie legte Revision gegen das Urteil ein. Diese wurde im Januar 2020 verworfen.



*Jim Reeves im Jahr 2014.
Foto: CHR!S*

Warum braucht es eine Anerkennung der Opfer?

Ein demokratischer Staat hat die Pflicht, alle Menschen zu schützen. Todesopfer menschenverachtender Gewalt gehörten oft marginalisierten Gruppen an oder wurden diesen durch die Täter:innen zugeordnet. Weil menschenfeindliche Einstellungen in der Gesellschaft leider weit verbreitet sind, ist das Leben dieser Gruppen häufig geprägt von Ausgrenzungserfahrungen. Sie sind also besonders vulnerabel, und es bedarf besonderer Anstrengungen, sie zu schützen. Dazu gehört, dass sich eine menschenverachtende Tatmotivation bei einer Verurteilung strafverschärfend auswirkt – so werden potentielle Täter:innen gewarnt und ein Zeichen gesetzt. Dies entfaltet aber nur dann eine Wirkung, wenn die entsprechenden Motive auch als solche erkannt und benannt werden. Geschieht das nicht, kann das auf die Betroffenengruppen ebenfalls eine beängstigende und ebenso ausgrenzende Wirkung haben. Der Staat erweckt dann den Eindruck, er habe kein Interesse an einer Aufklärung der Taten, interessiere sich nicht für die Belange marginalisierter Gruppen und sei nicht in der Lage, die Gefahr menschenverachtender Einstellungen zu erkennen.

Aber auch für die politische Auseinandersetzung ist eine staatliche Anerkennung bzw. Einordnung der Taten nach ihren menschenfeindlichen Motiven wichtig. Denn die offiziellen Zahlen beeinflussen ganz maßgeblich das staatliche Handeln und die gesellschaftliche Debatte.

Die Amadeu Antonio Stiftung zählt 213 Todesopfer rechter Gewalt (Stand Juni 2021) seit 1990. Davon staatlich anerkannt sind lediglich 106.

Das Gedenken an Jim Reeves

Nach der Tat äußerten viele von Jim Reeves Freund:innen, Weggefährt:innen und Fans ihr Entsetzen und ihre Anteilnahme in den Sozialen Netzwerken. Jim Reeves ist nicht offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt. Es wurde leider noch keine Gedenkarbeit in Form von Kundgebungen oder Forderungen nach einem Erinnerungsort geleistet.



Eugeniu Botnari

**Gestorben am 20. September 2016
im Alter von 34 Jahren**

„Das Gedenken an Eugeniu Botnari ist für uns ein wichtiger Teil der Auseinandersetzung mit Rassismus. Und es ist zugleich ein Aufruf, sich tagtäglich für eine menschenrechtsorientierte Kultur und gegen rechte Gewalt in Lichtenberg einzusetzen.“

Annika Eckel von der Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke
über die Erinnerung an Eugeniu Botnari

Wer war Eugeniu Botnari?

Über das Leben Eugeniu Botnaris ist leider kaum etwas bekannt. Er wuchs in Moldawien auf und kam 2005 nach Deutschland. In Berlin hatte Eugeniu Botnari keinen festen Wohnsitz, sondern kam bei Freund:innen und Verwandten unter. In Moldawien hinterlässt er eine Ehefrau.



Gedenken an Eugeniu Botnari mit weißen Rosen im September 2018.

Foto: Privat

Der Tatablauf

Eugeniu Botnari besuchte am Morgen des 17. September 2016 eine Edeka-Filiale im Bahnhof Berlin-Lichtenberg. Im Supermarkt wurde er vom Leiter der Filiale beobachtet. Dieser warf ihm vor, Ladendiebstahl begangen zu haben. Der Filialleiter führte Eugeniu Botnari gemeinsam mit einem seiner Mitarbeiter in den Durchgang des Getränkelagers, in den hinteren Teil des Geschäfts.

Dort angekommen, zog sich der Filialleiter, André S., Quarzhandschuhe an – Handschuhe, die mit Protektoren aus Quarzsand verstärkt sind und mit denen Schläge eine deutlich stärkere Wirkung erzielen. Mit diesen Handschuhen bewaffnet schlug der Täter dem am Boden sitzenden Eugeniu Botnari ohne Vorwarnung ins Gesicht. Nach dem Angriff zog er Eugeniu Botnari über eine Hintertür aus dem Geschäft. Er rief weder die Polizei noch erstattete er Anzeige wegen des vermeintlichen Ladendiebstahls.

Seine Verwandten rieten ihm, zum Arzt zu gehen. Das lehnte Eugeniu Botnari jedoch ab, weil er keine Krankenversicherung und Angst vor den Kosten einer Behandlung hatte.

Der ganze Angriff wurde von der Überwachungskamera des Geschäfts aufgezeichnet. Der Täter filmte diese Aufzeichnung mit seinem Handy ab und schickte sie an seine Mitarbeiter:innen. Die WhatsApp-Nachricht versah er mit den Kommentaren „Frühstück“ und „Moldawien zu Gast bei Freunden“.

Der verletzte Eugeniu Botnari besuchte am Nachmittag desselben Tages Familienangehörige und erzählte ihnen von dem Angriff. „Wie ein Hund“ sei er zusammengeschlagen worden, sagte er. Im Laufe des Tages verschlechterte sich sein Zustand zunehmend. Seine Verwandten rieten ihm, zum Arzt zu gehen. Das lehnte Eugeniu Botnari jedoch ab, weil er keine Krankenversicherung und Angst vor den Kosten einer Behandlung hatte.

Weil seine Beschwerden immer größer wurden, ging er schließlich am 19. September doch in eine Arztpraxis und berichtete dort von dem Angriff. Der Arzt in der Rettungsstelle diagnostizierte einen akut lebensbedrohlichen Zustand und verlegte Eugeniu Botnari in ein Unfallkrankenhaus. Dort wurde eine Hirnblutung festgestellt.

Der Richter nannte das Verschicken des Videos von dem Angriff „zynisch und menschenverachtend“.

Eugeniu Botnari starb am 20. September an den Folgen eines Schädel-Hirn-Traumas, für das der Angriff drei Tage zuvor mindestens mitursächlich war, wie das Gericht feststellte.

Ermittlungen und Prozess

Der Täter André S. wurde am 27. März 2017 vor dem Landgericht Berlin wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu einer Haftstrafe von drei Jahren und drei Monaten verurteilt. Zivilgesellschaftliche Initiativen beobachteten den Gerichtsprozess. Sie berichteten, dass in der Verhandlung klar wurde, dass es in der Supermarktfiliale ähnliche Taten schon mehrfach gegeben habe. Zeug:innenaussagen zufolge benutzte der Angeklagte seine Quarzhandschuhe regelmäßig gegen vermeintliche Diebe, jedoch nur gegen Menschen, die er als „Ausländer“ wahrnahm. Die meisten davon waren wohnungslos.

Intersektionalität und die Verflechtung von Tatmotiven

Rechte Gewalt basiert auf der Vorstellung einer Ungleichwertigkeit von Menschen. Die einzelnen Einstellungsmuster, beispielsweise Rassismus oder Antisemitismus, existieren selten allein, sondern verbinden sich häufig zu einem Weltbild. Dieses nennt man auch das Syndrom Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Bei rechten Gewalttaten liegt deshalb nicht immer nur ein einzelnes Tatmotiv vor, sondern auch das Zusammenspiel verschiedener menschenfeindlicher Einstellungen kann ursächlich für eine Tat sein. Das gleichzeitige Auftreten und die Überschneidung verschiedener Formen von Diskriminierung bei einer Person nennt man Intersektionalität. So kann eine Person beispielsweise gleichzeitig von Antisemitismus und Homofeindlichkeit betroffen sein. Im Fall von Eugeniu Botnari war es das Zusammenspiel von Rassismus und Sozialdarwinismus bzw. Wohnungslosenfeindlichkeit, das den Täter zu der grausamen Tat motiviert hatte.

Der Täter räumte den Angriff ein und sagte, er habe Eugeniu Botnari eine Lektion erteilen wollen. Seine Aussagen vor Gericht offenbarten sein rassistisches und sozialdarwinistisches Weltbild. Dies wurde auch

„Wir fordern die Benennung des gegenwärtig namenlosen südlichen Bahnhofsvorplatzes des S- und U-Bahnhofs Lichtenberg nach Eugeniu Botnari. So kann einem Todesopfer rassistischer Gewalt ein Platz im öffentlichen Bewusstsein gegeben werden.“

Aus dem offenen Brief der Gedenkinitiativen 2020

in der Urteilsverkündung hervorgehoben, der Richter nannte das Verschicken des Videos von dem Angriff „zynisch und menschenverachtend“. Trotzdem wurde der Mord nicht offiziell als politische Tat anerkannt.

Das Gedenken an Eugeniu Botnari

2018, im Jahr nach der Verurteilung des Täters, organisierten Initiativen die erste Kundgebung in Gedenken an Eugeniu Botnari. Seitdem finden regelmäßig Gedenkveranstaltungen statt.

Die Initiativen setzen sich außerdem dafür ein, dass der Bahnhofsvorplatz in Berlin-Lichtenberg nach Eugeniu Botnari benannt wird. Hierfür verfassten sie 2020 einen offenen Brief, der von vielen Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen unterschrieben und der Bezirksverordnetenversammlung überreicht wurde. In dem Brief heißt es: „Wir fordern die Benennung des gegenwärtig namenlosen südlichen Bahnhofsvorplatzes des S- und U-Bahnhofs Lichtenberg nach Eugeniu Botnari. So kann einem Todesopfer rassistischer Gewalt ein Platz im öffentlichen Bewusstsein gegeben werden.“



Gedenk- und Informationsveranstaltung im Jahr 2020 in Erinnerung an Eugeniu Botnari.

Quelle: Antifaschistische Vernetzung Lichtenberg

Gedenkpublikation zu Eugeniu Botnari

Das Redaktionskollektiv „Aktives Gedenken in Lichtenberg“ hat im Jahr 2020 eine Publikation in Erinnerung an Eugeniu Botnari herausgegeben. Darin finden sich Hintergründe zur Tat, zur Gedenkarbeit sowie zur Entwicklung rechter Gewalt in Berlin-Lichtenberg. Die Publikation ist online abrufbar unter: www.plattenkosmos.berlin/node/78

Anlaufstellen für Betroffene und Engagierte

Amadeu Antonio Stiftung

Telefon 030. 240 886 10
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Amaro Foro e.V.

Transkultureller Jugendverband von Roma und Nicht-Roma
Telefon 030. 4320 5373
info@amaroforo.de
www.amaroforo.de

apabiz

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.
Telefon 030. 611 62 49
mail@apabiz.de
www.apabiz.de

Berlin gegen Hassgewalt

Berliner Soforthilfefonds für Betroffene
Telefon 01514. 204 36 48
berlin-gegen-hassgewalt@amadeu-antonio-stiftung.de
www.berlin-gegen-hassgewalt.de

Berliner Register

Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender
Vorfälle
Telefon 0152. 0442 5746
info@berliner-register.de
www.berliner-register.de

BAG W

Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe
Telefon 030. 284 45 37-0
info@bagw.de
<http://www.bagw.de>

Each One Teach One (EOTO) e.V.

Bildungs- und Empowermentprojekt, Antidiskriminierungsberatung
für Schwarze, Afrikanische und Afrodiasporische Menschen in Berlin
Telefon 030. 5130 4163
info@eoto-archiv.de
www.eoto-archiv.de

LesMigraS

Antigewalt- und Antidiskriminierungs-Bereich der Lesbenberatung
Berlin e.V.
Telefon 030. 2191 5090
info@lesmigras.de
www.lesmigras.de

MANEO

Das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin
Telefon 030. 216 33 36
maneo@maneo.de
www.maneo.de

MBR

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin
Telefon 030. 817 985 810
info@mbr-berlin.de
www.mbr-berlin.de

MBT Berlin

Mobiles Beratungsteam Berlin – für Demokratieentwicklung
Telefon 030.45 97 930
info@stiftung-spi.de
<https://www.mbt-berlin.de>

OFEK e.V.

Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung
Telefon 030. 6108 0458
kontakt@ofek-beratung.de
<https://ofek-beratung.de/berlin>

Opferfonds CURA

Opferhilfefonds der Amadeu Antonio Stiftung
Telefon 030. 240 886 26
cura@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/opferfonds-cura

OPRA

Psychologische Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer
und antisemitischer Gewalt
Telefon 030. 9221 8241
info@opra-gewalt.de
www.opra-gewalt.de

ReachOut

Berliner Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer
und antisemitischer Gewalt
Telefon 030. 69 56 83 39
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

RIAS Berlin

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin
Telefon 0152. 1336 2198
info@report-antisemitism.de
www.report-antisemitism.de/rias-berlin

VBRG

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer
und antisemitischer Gewalt
Telefon 030. 3385 9777
info@verband-brg.de
<https://verband-brg.de>

Literatur und Links

Amadeu Antonio Stiftung (2020): **Leben in Gefahr**. Gewalt gegen Geflüchtete in Deutschland. Berlin

Amadeu Antonio Stiftung (2018): **Le_rstellen im NSU-Komplex**. Geschlecht, Rassismus, Antisemitismus. Berlin

Amadeu Antonio Stiftung (2018): **438 Verhandlungstage sind nicht das Ende der Aufklärung**. Zum Urteil im ersten NSU-Prozess. Berlin

Amadeu Antonio Stiftung (2014): **Von Mauerfall bis Nagelbombe**. Der NSU-Anschlag auf die Kölner Keupstraße im Kontext der Pogrome und Anschläge der neunziger Jahre

Belltower.News-Chroniken: <https://www.belltower.news/chronik>

Bürgerstiftung Barnim (2018): **Rassismus ist kein Randproblem**. Materialien für pädagogische Fachkräfte zum Thema Rassismus vor und nach 1989 in Ostdeutschland am Beispiel der Ermordung Amadeu Antonios. Eberswalde

Chronik flüchtlingsfeindlicher Gewalt: <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle>

Der Tagesspiegel: **Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland seit der Wiedervereinigung**: <https://www.tagesspiegel.de/politik/interaktive-karte-todesopfer-rechter-gewalt-in-deutschland-seit-der-wiedervereinigung/23117414.html>

doing memory – **Webdokumentation zu rechter Gewalt und Rassismus in Deutschland seit 1990**: <http://doing-memory.de>

Gegen uns. Betroffene im Gespräch über rechte Gewalt nach 1990 und die Verteidigung der solidarischen Gesellschaft: <https://gegenuns.de>

Tatort Rechts – Recherchetool zu Gewaltfällen mit rechtem Bezug: <https://tatortrechts.de>

Unterstützen Sie Betroffene rechter Gewalt sowie Gedenk- und Präventionsprojekte!

Die Amadeu Antonio Stiftung setzt sich für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wendet. Hierfür fördert sie bundesweit Initiativen, die sich in Jugendarbeit und Schule, Kunst und Kultur, im Opferschutz oder in kommunalen Netzwerken engagieren. Zu den über 1.700 bisher geförderten Projekten gehören zum Beispiel:

- die Initiative 19. Februar, die die Betroffenen und Hinterbliebenen des rechtsterroristischen Anschlags in Hanau 2020 begleitet und unterstützt
- die Verbandsarbeit des VBRG e.V. für Betroffene rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt
- das Projekt Chronik.LE, das rassistische Angriffe in Leipzig und den umliegenden Landkreisen sammelt, analysiert und bekannt macht

Die Stiftung ist nach Amadeu Antonio benannt, der 1990 von rechtsextremen Jugendlichen in Eberswalde zu Tode geprügelt wurde, weil er Schwarz war. Er war eines der ersten von heute mehr als 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer.

Die Amadeu Antonio Stiftung ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen, anerkannter Träger der politischen Bildung und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.

Der Stiftung folgen

www.amadeu-antonio-stiftung.de
twitter.com/AmadeuAntonio
[facebook/AmadeuAntonioStiftung](https://facebook.com/AmadeuAntonioStiftung)
[instagram/amadeuantoniofoundation](https://instagram.com/amadeuantoniofoundation)
tiktok.com/@amadeuantoniofoundation
youtube.com/c/AmadeuAntonioStiftung
linkedin.com/company/amadeu-antonio-stiftung



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Rechte Gewalt hat eine traurige Alltagsdimension – auch in Berlin. Fast täglich werden Menschen aus rechten, rassistischen oder antisemitischen Motiven verfolgt, geschlagen und verletzt. In ihrer abscheulichsten Steigerung führt rechte Gewalt zur Auslöschung von Leben, zu Mord. In dieser Publikation werden die Geschichten von Berliner Todesopfern rechter Gewalt geschildert, um die Erinnerung an die Opfer wach zu halten, aber auch, um ihre Schicksale als Mahnung zu verstehen. Begleitet werden sie durch Erläuterungen zu Hintergründen, Zusammenhängen und weiterführenden Quellen.